

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon 91 011 bis 102 bis 107
Telegraphenamt: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigensätze
siehe am Schluss des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Adolf Hitler soll flagen!

Wir wünschen nicht die Amnestie, sondern den Prozeß!

Durch die politische Amnestie ist unter anderem ein Strafantrag hinsichtlich gemacht, den Adolf Hitler gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Victor Schiff vor mehreren Monaten gestellt hat. Es handelte sich um die Enthüllungen, die der preussische Ministerpräsident Otto Braun in einer Rundgebung im Berliner Sportpalast am 11. April 1932 gemacht hatte. Sie bezogen sich auf

bestimmte Äußerungen Adolf Hitlers

in einer Rede, die dieser wenige Tage zuvor in Lauenburg in Pommern gehalten hatte. Wegen der Kennzeichnung dieser Rede Hitlers im „Vorwärts“ vom 12. April hatte der Führer der NSDAP gegen unseren verantwortlichen Redakteur Strafantrag gestellt, zugleich auch wegen der Ausführungen Otto Brauns ebenfalls gegen diesen. Der Preussische Landtag hat es im vergangenen Sommer abgelehnt, die Immunität Otto Brauns Hitler zuliebe aufzuheben, dagegen ließ die Klage gegen Schiff weiter. Sie wäre ohne die Amnestie in kürzester Frist vor dem Münchener Gericht zum Austrag gelangt. Termin war bereits auf den 13. Januar 1933 angesetzt worden.

An uns hat es nicht gelegen, daß die Gerichtsverhandlung nicht schon längst stattgefunden hat. Vielmehr trägt Adolf Hitler selbst die Verantwortung für diese Verzögerung, da er den Strafantrag zwar unmittelbar nach Erscheinen des „Vorwärts“-Berichts hinausposaunen ließ, aber erst am 20. Juni die Klage tatsächlich einreichte. Der Grund dieser Verzögerung läßt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit erklären: Im Anschluß an das Verbot der SA, das die Reichsregierung Brüning-Groener auf Grund von Material erlassen hatte, das der Regierung Braun-Severing bei Hausdurchsuchungen in Hinterpommern in die Hände gefallen war, hatte der Oberreichsanwalt eine Ermittlungsverfahren wegen Hoch- und Landesverrats gegen die beteiligten Kreise der NSDAP und der SA eingeleitet. Nun bewegten sich die Ausführungen, die Adolf Hitler in Lauen-

burg gemacht hatte, durchaus im Rahmen jener beschlagnahmten Dokumente, die Gegenstand der Ermittlungen des Oberreichsanwalts waren. Anscheinend wollte Hitler das Ergebnis dieser Ermittlungen abwarten, bevor er seine Strafantragsdrohung verwirklichte. Jedenfalls gelangte sein Strafantrag in die Hände unseres verantwortlichen Redakteurs erst unmittelbar nachdem aus Leipzig durchgefickert war, daß der Oberreichsanwalt das Vorliegen strafbarer Handlungen verneint hatte.

Diese Entscheidung des Oberreichsanwalts war für niemand eine Ueberraschung. Von demselben Oberreichsanwalt, der seinerzeit mit aufsehender Eile im Falle der Borzheimer Dokumente seine für die Nationalsozialisten günstige Rechtsauffassung bekanntgegeben hatte, war eine andere Stellungnahme kaum zu erwarten: Nach dem Buchstaben des Gesetzes liegt nämlich Landesverrat nur dann vor, wenn der offene Kriegszustand zwischen Deutschland und einer fremden Macht bereits besteht. Aus den beschlagnahmten Dokumenten — ebenso wie aus der Rede Hitlers in Lauenburg — ging zwar eindeutig hervor, daß Hitler und die SA im Falle eines ausgebrochenen deutsch-polnischen Krieges

erst „das System“ niederzuringen entschlossen waren, bis dahin aber den Schutz der deutschen Grenze ablehnen würden;

aber zum vollendeten Landesverrat fehlte die Voraussetzung des bereits ausgebrochenen Krieges. Dies wurde ausdrücklich in dem Einstellungsbescheid des Oberreichsanwalts Werner festgestellt. Dem gegenüber hat seinerzeit der frühere Reichswehrminister Groener öffentlich erklärt:

„Die Tatsache, daß eine solche Handlung strafrechtlich nicht zu erfassen ist, ändert jedoch an der Beurteilung der handlungswelt der Täter nichts.“

Das eben wäre der hauptsächlich Gegenstand

des Beleidigungsprozesses gewesen, der durch die Amnestie inzwischen hinfällig geworden ist. In dessen soll es nicht an uns liegen, daß über diesen wichtigen Punkt der jüngsten deutschen Geschichte keine gerichtliche Klarheit geschaffen wird.

Wir geben Herrn Adolf Hitler hiermit Gelegenheit, abermals, Strafantrag gegen unseren verantwortlichen Redakteur zu stellen, indem wir in aller Form folgendes öffentlich wiederholen:

Adolf Hitler hat Anfang April 1932 in Lauenburg eine Rede gehalten, in der er es ablehnte, seine SA-Mannschaften im Falle eines polnischen Einbruchs zum Schutz der Grenzen zur Verfügung zu stellen, solange das „System“ nicht beseitigt wäre.

Diese Rede bedeutete inhaltlich eine Bestätigung gewisser landesverräterischer Befehle, die zur selben Zeit von den maßgebenden Stellen der SA im deutsch-polnischen Grenzgebiet herausgegeben worden waren.

Mag auch das formaljuristische Merkmal des vollendeten Landesverrats in der Rede Hitlers und in den beschlagnahmten SA-Dokumenten gefehlt haben, weil kein Kriegszustand zwischen Deutschland und Polen bestand, an der Beurteilung der handlungswelt der Täter wird dadurch nichts geändert: moralisch hat Hitler Landesverrat begangen, und dies wird hiermit öffentlich wiederholt, damit er seinen Strafantrag erneuere.

Wir erwarten, daß der Führer der NSDAP, dem diese Nummer des „Vorwärts“ durch eingeschickten Brief zugeht, sich schneller als das letztmal dazu entschließen wird, Strafantrag zu stellen. Wir hoffen, daß auch das Münchener Strafgericht, dem die Akten, Schriftsätze usw. vorliegen, die für die Hauptverhandlung vom 13. Januar bestimmt waren, unmittelbar nach Empfang des neuen Hitlerischen Strafantrages eine neue Hauptverhandlung auf einen möglichst nahen Termin festsetzen wird.

Theaterffandal

Deutsches Theater geschlossen!

Bislang bestand der Theaterffandal, der sich gestern und vorgestern im Deutschen Theater bei der Aufführung des Schauspiels „Gott, Kaiser und Bauer“ abspielte, nur darin, daß aufgeputzte und abkommandierte Leute von der Galerie aus die Aufführung zu stören versuchten, obgleich sie in einer verschwindenden Minderheit waren. Jetzt ist ein viel größerer ffandal daraus geworden, das Stück ist abgesetzt worden, die ffandalmacher haben also Recht behalten.

Konkret berichtet eine Lokalkorrespondenz darüber:

„Wegen des Vorfalls im Deutschen Theater anlässlich der Aufführung des Schauspiels „Gott, Kaiser und Bauer“ fand heute im Polizeipräsidium eine Besprechung statt. Bei dieser Gelegenheit wurde von der Direktion des Deutschen Theaters die Erklärung abgegeben, daß sie auf die weitere Aufführung des Stückes verzichtet.“

Die Direktion des Deutschen Theaters bestätigt diese Nachricht und fügt hinzu, daß schon Donnerstag keine Aufführung mehr angelehrt werde.

Die nationalsozialistische wie die Zentrumspreffe in Berlin wetteiferten in der Begeisterung des Stückes von Julius Han, das in derber Realistik mittelalterliches Papsttum wie Kaiserium aus dem Beginn des 15. Jahrhunderts in ihrer Verlodderung zeigt.

Die kritische Besprechung der „Germania“ forderte gleich nach der Premiere das Verbot des Stückes, weil es wesentliche Belange der Katholiken verletze. Durch diesen Protest angeregt, erschienen im Theater eifrige Gruppen von Mitgliedern des Katholischen Gesellenvereins, die durch laute Diskussionen ihr Mißfallen zum Ausdruck brachten. Ein bedenkliches Ausmaß hatten diese Demonstrationen nicht, zumal die Polizei das Erforderliche veranlaßte.

Das Zentrumsblatt sieht mehr als ein Drittel des deutschen Volkes in seinem Glauben und in seiner religiösen Gesinnung beleidigt. Sie spricht von Geschichtsfälschung und übelster politischer Tendenz- und Verheugungs-dramatik. Aus dieser Einstellung heraus ist es denn kein Wunder, daß das Blatt in aller Entschiedenheit an alle maßgebenden Stellen die Forderung stellt, das Stück umgehend vom Spielplan verschwinden zu lassen.

Der „Angriff“ führte noch stärkeres Geschrei auf. Er glaubt, an den Remarque-Skandal erinnern zu müssen und unterstreicht die angeblich rein politische Bedeutung der Affäre. Handelt es sich nicht bei dem Autor, so fragt er, um einen Ungarn und bei seinem Stück um eine unerhörte zotige Schmiererei? Ist nicht für die Hauptrolle der Jude Kortner-Cohn vertrieben worden? Und so geht es in der lieblichen Tonart dieses Blattes weiter. Es ist die Rede von einer unappetitlichen Sudelei und einem „Hurenbock“, der Kortner anscheinend besonders liebt.

„Unter dem Regime Severing-Grzesinski-Weiß waren wir daran gewöhnt, daß die Berliner Polizei jüdische Sudeleien und freche jüdische Lüftlinge schüßeln mußte“, ruft pathetisch dieses deutsche Kulturorgan. Natürlich findet der „Angriff“ es unverständlich von Herrn Bracht, daß eine solche Schweinerei auf dem Theater nicht nur aufgeführt werden darf, sondern vor dem berechtigten Unwillen des Volkes auch noch durch die Polizei geschützt wird. Es wird kategorisch die Unter-sagung weiterer Aufführungen oder jedenfalls die Zurückziehung des polizeilichen Schutzes verlangt.

Nach diesem ebenso verlogenem wie aufreizenden Artikel sammelten sich in den Zugangsstraßen zum Deutschen Theater während

Der Schulputsch im Gange

Der Rachefeldzug gegen die Republikaner

Die „Säuberung“ der preussischen Schulverwaltung von Republikanern hat am Donnerstag begonnen. Allein vom Provinzialschulkollegium Berlin-Brandenburg wurden nicht weniger als 13 höhere Beamte auf die Straße gesetzt. Bis auf einen sind alle Gemahrgestellten entschiedene Republikaner. Der Nichtrepublikaner zählt zur Volkspartei. Seine Amtsenthebung war schon seit Monaten wegen Krankheit geplant.

Leber die Maßregelungen in den übrigen Schulverwaltungen ist bisher näheres nicht bekannt. Aber die Art, wie die schwarzweißroten Preußenkommissare in Berlin „gepart“ haben, läßt über den Sinn ihrer neuesten „Sparaktion“ nicht mehr den geringsten Zweifel. Sie „sparen“, um jetzt auch die preussische Schulverwaltung reaktionären Kräften auszuliefern. Ihr Sparanklage ist nur die Eskalation für einen von langer Hand vorbereiteten Rachefeldzug gegen alle freigeistlich gesinnten Kräfte der preussischen Schule.

Von den 13 Beamten, die allein in Berlin in die Wüste geschickt werden, gehört weit über die Hälfte der Sozialdemokratie an, einige sind Demokraten, einer gilt als linksstehender Zentrums-mann. Alle rechtsstehenden und zum rechten Zentrum zählenden Beamten des Provinzialschulkollegiums Berlin-Brandenburg bleiben unberührt, so daß die Schule im roten Berlin in Zukunft Leuten ausgeliefert ist, die gesinnungs-mäßig im schroffen Gegensatz zu dem übrigen Teil der Berliner Bevölkerung stehen. In ähnlicher Weise wird im übrigen Preußen „gepart“ werden. Die Entlassungsschreiben sind am

Donnerstag abgegangen. Sie sind in der Hauptsache an Sozialdemokraten gerichtet.

In Berlin sind folgende Sozialdemokraten des Amtes entbunden:

- Bezirkspräsident Köhler,
- Frau Dr. Wegheider,
- Oberschulrat Lampfen,
- Oberstudienrat Anolle,
- Oberstudienrat Hommes,
- Regierungsdirektor Kummerow.

Die Auswirkung der schwarzweißroten „Sparaktion“ in der preussischen Schulverwaltung wird sich im einzelnen frühestens am Freitag genau übersehen lassen. Aber darüber, daß sie sich ausschließlich gegen Sozialdemokraten und Republikaner richtet, daß kaum rechtsstehende oder deutsch-nationale Beamte von ihr betroffen werden, ist schon heute kein Zweifel mehr möglich.

Nazipanama Wien

Parole bloß raus!

Wien, 29. Dezember.

Der frühere Oberste Gaußhahmeister der österreichischen Nazipartei, Walter Turek, verfiel ein Rundschreiben, in dem er die übelsten Korruptionsaffären aus dem Braunen Haus in Wien schildert.

Turek berichtet, wie die Naziangehörigen mit allen erdenklichen Mitteln zu Spenden gepreßt werden, um damit die vielen Schulden

der Partei zu decken. In der gleichen Zeit rufen aber die obersten Naziführer Frauenfeld und Proßch ums Geldverdienen an den Partei-Unternehmungen. Das Rundschreiben schließt mit der

Aufforderung: die Hitlerpartei zu verlassen, für die der Sozialismus nur ein Aushängeschild sei.

In Haft sitzen sieben Hakenkreuzler, die unter dem Verdacht stehen, an dem letzten Tränengasattentat auf das Warenhaus Berggroß beteiligt gewesen zu sein. Jetzt hat die Polizei erfahren, daß im Braunen Haus ein Hemegericht eingeschickt wurde, das die sieben verhafteten Hakenkreuzler zur Verantwortung ziehen will, weil sie angeblich das Attentat gestanden und die Zusammenhänge zwischen dem Tränengasattentat und dem Braunen Haus aufgedeckt hätten.

Das Wiener Antimarkistblatt „Neues Wiener Journal“, Hauptinformationsorgan für „Maffage“ usw., steht, wie schon gemeldet, zum Verkauf. Sein Gründer und Herausgeber Hippomich ist bereits als Gesellschafter gelöst und nur mehr mit 5000 Schilling beteiligt, ebenso sein Faktotum Oskar Löwentstein. Sie hatten bloß noch mit dieser — für sie — geringen Summe. Sie mögen hoffen, durch ihr scheinbares Ausscheiden das Verkaufsgeschäft zu fördern.

Von einer geplanten Unterredung Schleicher-Paul Boncour, über die vom „Daily Telegraph“ berichtet wurde, ist an zuständiger deutscher Stelle nichts bekannt.

Die Neubildung der bulgarischen Regierung hat der zurückgetretene Ministerpräsident Ruschajew übernommen.

Die Regierung von Peru teilt mit, sie habe ernste Versuche unternommen, um eine friedliche Lösung des Konflikts mit Kolumbien herbeizuführen.

des Spätnachmittags zusehends wachsende Massen, die gegen das Theater vorrückten.

Die von der Theaterleitung befragte Polizei erklärte, daß sie der Aufführung den gebotenen Schutz zuteil werden lassen würde, daß sie aber erst eingreifen könnte, wenn Unruhen entständen. Bei dem Aufmarsch auf der Straße sei, so erklärte die Polizei, allerdings nicht vorzuzusehen, welche Folge für Publikum und Haus entstehen könnten.

Dieser Hinweis und die Erwägung, daß das Deutsche Theater, diese historische Stätte theatralischer Kultur, von der jehianen Leitung nur gepachtet ist, veranlaßten diese, auf die Fortsetzung der Aufführung von „Gott, Kaiser und Bauer“ sofort zu verzichten.

Wir haben zwar keine Theaterzensur mehr, aber irgendein Haufen von Menschen hat das Recht, die Aufführung eines ihnen unangenehmen Theaterstückes zu verhindern! Das nennt sich Kultur- und Theaterfreiheit in Deutschland!

Die Motive der Nationalsozialisten sind ja allzu deutlich hinaustrumpet, als daß man sie noch näher untersuchen müßte. Für diese Partei handelt es sich einfach um eine Haß- und Antisemitismus zu betreiben und den Strohenterror auch im Theater zu beschönigen. Schwerer zu verstehen ist schon die Haltung des Zentrumsblattes. Mit Recht hebt die „Germania“ hervor, daß die Zeiten des Konstanzer Konzils mit dem Gegeneinander von drei Päpsten und drei Kaisern zu den schmerzlichsten und bedauerlichsten Zeitabschnitten der Weltgeschichte überhaupt gehören. Warum soll es denn aber einem Dramatiker verboten sein, eben diese Zeitgeschichte in ihrem ganzen Chaos und in ihrer Unsitlichkeit vorzuführen? Der katholischen Kirche würde es besser anstehen, die Interessen der katholischen Kirche würden besser gewahrt werden, wenn die Zentrumspresse nicht nach dem weltlichen Arm rufen würde!

Unsere Leser haben erst vor kurzem das großartige Kulturgemälde genießen können, das Oskar Böhrle in seinem Roman „Hus von dieser Zeit“ entworfen hat, der in unserem Feuilletton erschien. Böhrle hat fast dasselbe Thema behandelt wie der Dramatiker. Bei ihm gibt es auch einen Hurenbock von Kaiser, und bei ihm wird auch die Lasterhaftigkeit eines Teiles des Klerus nicht minder der abkonterfiet. Dieser Roman ist in der Tschechoslowakei mit Anerkennung und Ehren überhäuft worden. Die Tschechen, die doch wohl zum größten Teil auch Katholiken sind, haben mit Recht diesen Roman gefeiert als eine klassische Darstellung des Hussitismus in ihrer ersten Epoche. Warum soll das im Theater verboten sein, was im Buche jeder lesen kann? Niemand ist gezwungen, das Buch zu lesen, das ihm nicht zusagt; niemand ist gezwungen, in ein Theater zu gehen, wo ein ihm nicht zusagendes Stück gespielt wird.

Aber der Terror von Radaugesellen triumphiert über die Theaterkultur!

Gruß den Befreiten!

Eindrucksvolle Feier in Breslau

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 29. Dezember.

Die Breslauer Eisene Front veranstaltete am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus eine eindrucksvolle Begrüßungsfeier zu Ehren ihrer durch die Amnestie aus den Kerker befreiten Kampfgenossen.

Die Feier, an der 127 Amnestierte aus dem Bezirk Mittelschlesien, unter anderem die zu schweren Zuchthausstrafen verurteilten Ohlauer Reichsbannerleute teilnahmen, war außerordentlich stark besucht und von bestem sozialistischen Geist getragen.

Als die befreiten Genossen hinter den alten Tönnen der Breslauer Arbeiterbewegung in den großen Gewerkschaftshausaal traten, brach freudiger Jubel aus der Masse der Besucher empor und ein draufendes „Freiheit“ kündete den aus Zuchthaus und Gefängnis erlösten Mitstreitern die unerschütterliche Treue und den Kampfwillen der republikanischen Arbeiterschaft der schlesischen Hauptstadt.

Die Redner, Genosse Wiersch als Vorsitzender des schlesischen ADB, Genosse Karl Rache, Bürgermeister der Stadt Breslau, und Genosse Paul Böbe, der eigens zu dieser Veranstaltung nach Breslau gekommen war, ließen der freudigen Stimmung der Breslauer Parteigenossen überzeugenden Ausdruck.

Genosse Böbe betonte unter einmütiger Zustimmung, daß die befreiten Kämpfer keine Ursache hätten, sich ihrer Strafen zu schämen, sondern mit Recht auf ihre Taten, auf ihre Teilnahme am Freiheitskampf für Volksrechte und Republik stolz sein dürften.

Im Namen der Amnestierten sprach Genosse Stralik-Ohlau. Er gelobte für sich und seine Kameraden, auch in Zukunft alle Kraft im Streit für Republik und soziale Freiheit einzusetzen.

Was ist Hitlers Geheimdienst?

Enthüllungen über Spitzel- und Terrorformationen — Der sächsische Trupp z. b. V. — Hintergründe des Fememordes

Der ermordete SA-Mann Hentsch in Dresden gehörte einer besonderen Formation, dem Geheimdienst, an. Die Kenntnisse, die er dabei erworben hat, haben ihm offenbar das Leben gekostet.

Was ist dieser Geheimdienst? Eben jetzt äußert sich in den „Deutschen Nachrichten“ (Herausgeber Reinhold Wulle) ein Mann darüber, der es wissen muß. Dort schreibt

Dr. Landeskreiner-Dresden, ehemaliger SS-Führer in Sachsen

über die Gründe seines Austritts aus der NSDAP, und enthüllt dabei zugleich das Wesen des Geheimdienstes:

„Dann kam aber das Verbot und der Sommer 1932 mit all seinen Fehlschlägen. Ansehend suchte man jetzt in München nach den Gründen der Fehlschläge, um so mehr, als sich dort viel Material über Wetterwirtschaft und Bonzenium angesammelt hatte. Da richtete man den Geheimdienst ein. Ein Ausfall ging durch unsere Reihen, — jetzt wird es besser, jetzt wird ausgemistet.“

Daß mit dieser Beobachtung auch ein Trupp z. b. V. aufgestellt wurde und daß gleichzeitig eine Verspöhung der Gegner wie Stahlhelm, DNVP, SPD., KPD, und wie all diese Stellen heißen, stattfand, war uns nicht weiter verwunderlich. Man wußte, daß man auf gefährlichem und verlorenem Posten stand, man tat aber seine Pflicht und glaubte, es sei zum Besten des Ganzen.

Als man später einsehen mußte, daß alle Meldungen doch keine Besserung brachten, und man sogar erleben mußte, daß die geheime SS-Führerbefehle vom 28. Juli 1932 in Chemnitz über Terrorakte am 12. August 1932 in der „Chemnitzer Volksstimme“ nachzulesen war, da war es aus. Soziale Unzulänglichkeit habe ich noch nie auf einem Hausen zusammen gesehen. Man lebte bis dahin in einem Bohnen, als ob alles nur Nebenerscheinungen seien.

Jetzt wurde man hellhörig und sah mit einem Male, daß der Sumpf größer und tiefer war, als man glauben wollte. Es gab kein Entrinnen mehr.

Man hoffte auf Hitler, aber der wollte ja nicht, oder konnte nicht mehr. Die Rauer um ihn war zu hoch. Man sagte mir mal, nur über seinen Chaußeur läme man noch an ihn heran. Derartige Domestikenwege sind aber doch unwürdig und geht man nicht. Der Fall Röhm ist in dieser Beziehung geradezu typisch. Als die Angelegenheit mit ihm und dem Reichsbannerführer Raug an die Öffentlichkeit kam, sagte man mir eines Tages in Berlin: „Röhm verschwindet.“ Alles wartete darauf, es geschah aber nichts.

Was liegen da für Bindungen vor? Es kann dem Hitler doch nicht gleichgültig sein, wenn es schließlich auf ihn zurückfällt. Seine Bewegung muß sauber bleiben, sonst ist sie zum Verfall verurteilt.“

Mit dieser Veröffentlichung fällt Licht nicht nur auf den Fall Hentsch, sondern auf die Geheimorganisationen der NSDAP, überhaupt. Dieser Dr. Landeskreiner, der es wissen muß, läßt erkennen, daß besondere Formationen für Terrorfälle gebildet worden sind.

Geheimdienst, ein Trupp z. b. V. (zur besonderen Verwendung), Verspöhung, auf gefährlichem und verlorenem Posten — nun ahnt man, warum Hentsch ermordet worden ist!

Wahrscheinlich gehörten die Mörder zu einem Trupp z. b. V.! Es wäre angebracht, diese Dinge in eingehendster parlamentarischer Untersuchung zu klären, die nicht an den Grenzen des Falles Hentsch halt macht!

Die Mörder in Bozen

Dresden, 29. Dezember.

Die sächsische Regierung hat am Donnerstag bei der Reichsregierung den angekündigten Antrag auf Auslieferung der Mörder des Hentsch gestellt. Die Mörder befanden sich in Bozen.

Das „Tempo“ veröffentlicht einen Bericht eines ehemaligen Scharführers eines SA-Sturmes, der erst vor kurzem nach Italien gefahren ist, um dort zu versuchen, durch nationalsozialistische Vermittlung Arbeit zu bekommen. Der Mann ist, übrigens in Uniform, nach Benedig gekommen. Dort ist die Landesleitung der NSDAP, Italien stationiert, und zwar, wie er angibt, Benedig-Eido, via Chipro 30. Der Landesleiter heißt Brand.

An diesen wandte sich der Mann; er wurde

sofort gefragt, was er denn „ausgefressen“ habe. Als er diese Frage mit einem erstaunten „Nichts“ beantwortete, und die Bitte wiederholte, ihm Arbeit zu verschaffen, mußte er seine Ausweise vorlegen. Dabei fiel insbesondere ein Ausweis mit der Unterschrift eines nationalsozialistischen Abgeordneten ins Gewicht, durch den bestätigt wurde, daß er zuverlässig und „hitler-treu“ sei.

Der Mann erhielt zunächst von dem Landesleiter Brand 150 Lire und wurde an den Ortsgruppenleiter in Benedig, Harry Berger, verwiesen. Von diesem hörte er, daß in Mailand sich allein zwei Ständartenführer, ein Sturmbannführer und ein Sturmführer „für länger“ aufhalten würden.

Er erfuhr weiter, daß in Bozen im Hotel zum Pfau ein SA-Helm bestünde, in dem ständig etwa 30 Mann im Quartier lägen, die dort auf Parteikosten verpflegt und auch sonst „versorgt“ würden.

Der Mann ist, nachdem er von dem Ortsgruppenleiter Berger in Benedig nochmals 200 Lire erhalten hat, nach Bozen gefahren und hat die Angaben über das dortige SA-Heim durch eigene Feststellungen bestätigt gefunden.

In wehrlosem Zustand abgeschossen

Die Leiche des SA-Mannes Hentsch ist sezirt worden. In der Brustgegend weist die Leiche eine breite Schusswunde auf, die darauf schließen läßt, daß Hentsch aus unmittelbarer Nähe abgeschossen worden ist.

In den Beinen und ebenso an den Händen ist Hentsch gefesselt. Die Stricke schneiden trotz der Uniform und der Weimandoerpackung tief in das Fleisch hinein. Die Hände sind getrampt, auch das Gesicht ist furchtbar verzerrt, woraus zu entnehmen ist, daß Hentsch einen entsetzten Totenkampf auszustehen hatte. Die Fesselung läßt darauf schließen, daß Hentsch vor der Ermordung wehrlos und dann in vollständig wehrlosem Zustande abgeschossen worden ist.

Dadurch erscheint die Tat der Dresdener Hitler-Leute als ganz besonders feig und grausam.

Erbärmlich ist angesichts dieser Tatsache die Haltung der Dresdener Nazis. Sie haben am

Donnerstag auf das Gregor-Straher-Haus in der Wiener Straße halb mast gefesselt. Auf Anruf konnte man erfahren, daß dieser Trauerbeweis dem toten Hentsch gelte. Erst haben sie ihn abgeschlachtet und dann trauern sie um ihn!

Ein Brief an den Staatsanwalt

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Dresden, 29. Dezember.

Der Staatsanwaltschaft und einem Teil der Dresdener Presse ist zum Fall Hentsch ein auffeherregender anonym Brief eines SA-Mannes zugegangen, der die Mordtat von einer neuen Seite beleuchtet und gewisse Gerüchte, die seit einiger Zeit im Umlauf sind, bestätigt.

In diesem Brief heißt es, daß der Leiter des Nachrichtendienstes der NSDAP, Abgeordneter Dr. Bennede, der Auftragsgeber an Schenk und Genossen (die Mörder des Hentsch) gewesen sein müsse. Denn Schenk habe den Briefschreiber sofort, nachdem das Verschwinden des Hentsch in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, wörtlich gesagt: „Der ist sicher untergebracht. Das hat Bennede wieder einmal sein geschoben. Es war auch die höchste Zeit.“ Als der Briefschreiber erfuhr, daß Dr. Bennede der Polizei gegenüber vorteilhaft über Schenk ausgesagt hatte, will er gleich gelohnt haben warum. Aber ein so scheinliches Verbrechen habe er damals nicht geahnt, weil Schenk nur ganz allgemein gesprochen hätte: „Ich habe mitgeholfen. Daraus gibt's was.“ In dem anonymen Bericht wird schließlich Verwunderung darüber ausgesprochen, daß Dr. Bennede noch nicht wegen Verdunkelungsgefahr verhaftet worden sei. Er, der Briefschreiber, könne sich das nur so erklären, daß sich die von ihm schon oft in engerem Kreise gerühmten guten Beziehungen zur Polizei belohnt machen. Von Kriminalrat Vogel (der den Mörder Schenk hat entlassen lassen) habe Dr. Bennede immer mit besonderer Hochachtung gesprochen.

Frankreich und Oesterreich

Anleihedebatte der Kammer

Paris, 29. Dezember.

Die Kammerdebatte über die französische Anleihe von 100 Millionen Schilling (350 Millionen Franken) für Oesterreich, gemäß dem Boussaner Abkommen, begann mit einem Vertagungsantrag des Abg. Louis Marin (Rechte), der ausführte, Frankreich brauche keine Mittel selber und die 350 Millionen Franken würden Oesterreich auch nicht viel helfen. Nach anschließenden Ausführungen zog er seinen Antrag zurück.

Nach den Reden der zwei Berichterstatter beklämpfte Abg. Peri (Komm.) die Vorlage, weil sie die Freiheit Oesterreichs beschränke. Auch der ehemalige Finanzminister Flandin wandte sich aus finanzpolitischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen gegen die Anleihe.

Herriot befürwortete die Anleihe in einer glänzenden Rede.

In der er unter großem Beifall der Linken Flandin widerlegte und die ohne Genehmigung des Parlaments von den früheren Reichsregierungen gewährten Auslandsanleihen kritisierte. Herriot sagte die Gründe für die Gewährung der Anleihe so zusammen: 1. muß die politische, wirtschaftliche und moralische Unabhängigkeit Oesterreichs gesichert werden, man dürfe Oesterreich nicht dem Schicksal preisgeben, eine Provinz eines größeren Staates zu werden; 2. würde Frankreich durch die Ablehnung der Anleihe zum Ausdruck bringen, daß es die Politik des Völkerverdrängens nicht mehr mitzumachen gedenke; 3. würde der Friede gefährdet werden. Man müsse dem französischen Volk sagen, diese Beste zugunsten Oesterreichs

sei notwendig, um die furchtbaren Kriegsfolgen für dieses Land verschwinden zu lassen.

Er, Herriot, sei davon überzeugt, daß das Volk diesen Appell zugunsten der Wiederveröhnung und des Friedens beherzigen werde. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte. Herriot wird vom Ministerpräsidenten und zahlreichen Abgeordneten beglückwünscht.)

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung, während der die Radikalen unter dem Eindruck der Rede Herriots beschloßen, für die Anleihe zu stimmen, allerdings ohne Fraktionszwang, vertheidigten Finanzminister Chéron

und Ministerpräsident Paul Boncour die Vorlage. Der Ministerpräsident stellte die Vertrauensfrage.

Ein Antrag Marin, den Zinssatz für die Anleihe von 6½ auf 4½ Proz. zu ermäßigen, um nicht die Unterbringung der späteren französischen Anleihen zu erschweren, wurde nach Stellung der Vertrauensfrage mit 387 gegen 189 Stimmen abgelehnt. Vor der Schlussabstimmung gab

Abg. Conguet für die Sozialisten

die Erklärung ab, daß die Fraktion für die Vorlage stimme. Die Rechte habe den Vortrag von St. Germain gebilligt und dürfe sich jetzt nicht über die Folgen beklagen, die die unfinnigsten Vertragsbestimmungen für Oesterreich gehabt habe. Die Sozialisten hätten gegen den Vertrag gestimmt und seien trotzdem bereit, Oesterreich zu helfen, weil sie einsehen, daß es sich ohne fremde Unterstützung nicht wieder aufrichten könne.

Schließlich wurde die Regierungsvorlage mit 351 gegen 187 Stimmen, also mit 164 Stimmen Mehrheit angenommen.

Herriot hat mit seiner hervorragenden Rede die Radikalen und die kleinen Nachbargruppen für die Vorlage gewonnen und damit der Regierung den Sieg gesichert.

Ministerpräsident Paul Boncour erklärte vor der Abstimmung, daß er eigentlich gehofft hatte, die Vertrauensfrage nicht stellen zu müssen, daß er aber diejenigen habe decken wollen, die dafür stimmten, weil er der Ueberzeugung sei, daß es sich um den Eckstein des Gebäudes handele, dessen Einsturz er verhindern wolle.

Verbot des Rundfunkempfangs ist in Polen möglich. Dem Geschäftsführer Wegrach des „Essener Tagesblatt“ in Wissa sowie dem Rittergutsbesitzer Baron von Geßen in Reschke (Kreis Wissa) hat die Behörde ohne Angabe von Gründen die Benutzung ihrer Funkgeräte verboten. Beschwerde ans Ministerium blieb nutzlos.

Nicaragua wird geräumt. Die amerikanische Regierung hat 22 Offiziere und 30 Mann angewiesen, mit ihren 22 Marineflugzeugen am 1. und 2. Januar Nicaragua zu verlassen.

Dr. Anna Siemsen darf in Jena nicht lesen

„Angeklagter, wie heißen Sie?“
„Ich heiße Cohn.“
„Sechs Monate Gefängnis. Nächste Sache.“
(Berichtsjene aus dem Dritten Reich.)

Der Professor Cohn wird von der Breslauer Universität vergrault, aus dem einzigen Grunde, weil er Cohn heißt. Wäre er so vorzüglich gewesen wie ein Berliner Landgerichtspräsident, der seinen jüdischen Namen Seligsohn in Sölling umgewandelt hat, kein Nazistudent hätte ihm ein Härchen gekrümmt. Der Breslauer Universitätsrat hat nur einen Scheinverfuch gemacht, die Lehrfreiheit zu schlingen. Nachdem er glaubte, das Gesicht gewahrt zu haben, ließ der Senat mitten im Kampfe den von der gesamten Fakultät an die Universität bezuhenen Professor Schänblich im Stich. Daß Herr Cohn gewagt hatte, sich auf eine Rundfrage über eine Aufstaltungsbewegung für Trotzk öffentlich zu äußern — übrigens unter Vermeidung einer klaren Stellungnahme zu der Frage —, das wurde ihm als Verbrechen angekreidet. Es genügte, daß Cohn die Frage als eine sorgfältig zu überlegende bezeichnete, um ihn als „Protector eines viehischen Mordmörders und Rassen-schlägters“ über die Klinge springen zu lassen. — „Bild mir drei Zellen eines anständigen Mannes, und ich werde ihn an den Galgen bringen“ hat einst ein Franzose gesagt!

Von genau der gleichen Art — aber noch viel skandalöser als der Fall Cohn, ist eine neue Tat, die aus Nazi-Zhüringen berichtet wird. Frau Dr. Anna Siemsen, Oberschulrätin und mehrere Jahre hindurch sozialdemokratische Landtagsabgeordnete (seit 1921), ist von der thüringischen Naziregierung das Recht entzogen worden, an der Landesuniversität Jena Vorlesungen zu halten, das ihr im Oktober 1932 von der damaligen Linksregierung versprochen worden war. Es handelt sich um eine glatte politische Maßregelung, weil Frau Siemsen Sozialistin ist. Haarsträubender aber als die Tatsache ist der jaden-scheinige Vorwand, mit dem die thüringische Regierung die Maßregelungen begründet. Laut amtlicher thüringischer Weisung ist nämlich der Grund für die Entziehung des Lehrauftrages der,

daß Frau Siemsen als einzige Persönlichkeit, die zur Landesuniversität Jena in Beziehung stehe, die von einer Reihe deutscher Professoren veröffentlichte Erklärung für den in Heidelberg gemäßigten Dr. Gumbel unterschrieben habe.

Dies verkündet das thüringische „Balksbildungsministerium“, ohne sich zu schämen. Es ist eine herrliche Maßregelungsstette: Dr. Gumbel wird in Heidelberg wegen seiner pazifistischen Anschauungen gemahregelt. Frau Dr. Siemsen wird in Jena gemahregelt, weil sie gegen die Maßregelung Gumbels protestiert. Als nächster darf nunmehr derjenige linksstehende Professor fliegen, der gegen die Maßregelung der Frau Dr. Siemsen protestiert, und so kann dieses Geschäft bis in die Unendlichkeit fortgesetzt werden oder vielmehr bis zu dem Punkt, wo der letzte linksstehende Dozent den muffigen Staub deutscher Geisteshefträtten von seinen Füßen geschüttelt hat. Wer protestiert, der fliegt! Alles im Namen der „akademischen Lehrfreiheit“.

Die Nazis haben eine Zeitlang mit Vorliebe in ihrer Agitation den Namen „Retterlich“ gebraucht. Sie behaupteten, daß sie nach den vorwärtlichen Methoden des Fürsten Retternich, des Senkers der heiligen Allianz von 1815, getnebelt würden. Nun, sie selber stellen jeden Retternich in den Schatten. Zu Retternichs Zeiten war eins der Ereignisse, das am meisten die Gemüter erregte, der Hinauswurf der „Göttinger Sieben“. Sieben Göttinger Universitätsprofessoren, unter ihnen die Gebrüder Jakob und Wilhelm Grimm, wurden im Jahre 1837 ihres Amtes entzogen und danongelagt, weil sie gegen Gewaltmaßnahmen des hannoverschen Königs Georg öffentlich protestiert hatten. Heute wie vor hundert Jahren! Heute ist jeder Naziminister ein Retternich im Kleinen, heute wie damals genügt ein Protest gegen Gewalt und Willkür, um einem oppositionellen Universitätsdozenten das Genick zu brechen. Aber während vor hundert Jahren der Fall der Göttinger Sieben einen Sturm der Entrüstung entzachte, schweigt heute der weitaus größte Teil der Professoren feige zu jeder Gewalttat gegen

die Lehrfreiheit. Dieser Teil der akademischen Lehrerschaft scheint wirklich für sich das frivole Wort rechtfertigen zu wollen, das im Fall der Göttinger Sieben der hannoversche König Georg gesprochen hat: „Huren, Seiltänzer und Professoren kann man zu allem gebrauchen.“

Ein Silberstern? Aber kein schöner!

Die Verordnung über den Beimischungszwang von Butter in Margarine ist im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Diese Verordnung ist ein groteskes Stück agrarischer Gesetzesherei. Das tollste daran aber ist der § 9. Dieser Paragraph lautet:

1. Es ist verboten, im Verkehr mit Margarine und Kunstspeisefett durch Umhüllungen, Bezeichnungen, öffentliche Bekanntmachungen oder Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, in Wort oder Bild auf Milch, Butter, andere Milchzeugnisse oder auf deren Gewinnung hinzuweisen.

2. Wer vorsätzlich dem Verbot des Abs. 1 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ist die Zuwiderhandlung fahrlässig begangen, so tritt Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft ein.

3. Die Vorschriften im Absatz 1 und 2 treten am 1. April 1933 in Kraft.

Da wird durch Notverordnung die Beimischung von Butter zur Margarine verfügt. Alle offiziellen und offiziellen Organe schreiben sich die Finger wund, um zu beweisen, welche Segnungen über die Verbraucher kommen sollen. Die Qualität der Margarine, so wird amtlich und halbamtlich beteuert, werde zugunsten der Verbraucher erheblich verbessert werden!

Dann aber wird verboten, im Handel auf die Verbesserung durch Butterzusatz hinzuweisen! Wer es wagt, auf dem Umschlagpapier zu vermerken, daß die gesetzlich vorgeschriebene Buttermenge in der Margarine enthalten sei — erhält sechs Monate Gefängnis!

Wer zum Zeichen, daß die Margarine Milch oder Butter enthält, eine Kuh auf Umschlagpapier oder auf ein Reklameplatat druckt, wird mit sechs Monaten Gefängnis bedroht! Was geschieht, wenn ein Margarinefabrikant



„Gugge mal an, hier wohnt Ihr Gombietze? Da dunn gleich abholn, awr vergriemln Se sich nich, mei Wärtstr! Ich geh drweile mal seechn.“

„Gottverdammich, nu hats'ch das dicksche Luder wärklich vergriemld! Un ch'habs'n doch egalweg verbodn!“

auf das Umschlagpapier drucken läßt: „Hergestellt nach den Vorschriften der Notverordnung vom 23. Dezember?“ Er muß in fängemäher Anwendung des Paragraphen 9 bestraft werden! Auch der Name „Schleicher-Margarine“ wird unter diesen Paragraphen fallen.

Nach dem Nahrungsmittelgesetz müssen alle Zusätze, Farbstoffe, Konservierungsstoffe usw. aufs genaueste dem Verbraucher mitgeteilt werden. Hier wird im Gegenjatz dazu eine Schweigepflicht über einen wichtigen und hochwertigen Bestandteil festgesetzt und unter Androhung von Gefängnisstrafe erzwungen!

Es soll nicht nur verheimlicht werden, was tatsächlich ist, sondern dazu noch obendrein gegen den Willen der Hersteller erzwungen worden ist! Ein solcher Zwang verjst ganz offenkundig gegen die guten Sitten!

An diesem Paragraphen 9 enthält sich die Unhaltbarkeit dieser dilettantischen agrarischen Interessenkollisionsgesetzesherei. Man könnte diesen Paragraphen, der ausgerechnet am 1. April in Kraft treten soll, für einen Silberstern halten,

wenn er nicht bezeichnend wäre für den agrarischen Uebermut, der keine Grenzen kennt. Dieser Art von Gesetzesherei muß der Reichstag ein Ende machen!

Im übrigen zeigt ein weiterer Punkt der Verordnung das schlechte Gemissen ihrer Väter. Sie ist datiert vom 23. Dezember — zwei Tage vor Weihnachten. Man hat nicht gewagt, diese unglaubliche Verordnung dem Volke zu Weihnachten zu beschicken!

Sie schreien schon! Weil die Butterbeimischung nichts nützt

Die Tinte auf dem Papier der famolen Verordnung über die Butterbeimischung ist kaum trocken geworden. Schon aber hat der geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes Graf von Kalkreuth ein Telegramm an den Reichsminister gerichtet, in dem die völlige Sperre jeglicher Buttereinfuhr gefordert wird. Wir haben gestern geschrieben, daß der Reichslandbund schon das nötige Geschrei erheben wird, wenn, wie zu erwarten ist, die Butterbeimischung nicht zu der gewollten Erhöhung der Butterpreise führen wird. Graf Kalkreuth hat nicht einmal geglaubt, den Eintritt des Mißerfolgs abwarten zu dürfen. Er schreit schon jetzt!

Daß dem Grafen von Kalkreuth vollständig gleichgültig ist, wenn mit einem Buttereinfuhrverbot die letzten Säulen des deutschen Exports vollständig zerbrochen werden, versteht sich ja für alle Eingeweihten.

Ein Vorstoß gegen Hindenburg

Das Organ der christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche“, schrieb gestern Abend:

„Es ist zuzugeden, daß die Ausgestaltung des Reichstages zeitweilig nicht zu vermeiden war. Aber der Mißbrauch des Artikels 48 zum Erlaß von Verordnungen, die auf gute Beziehungen von Interessenten zum Reichspräsidenten zurückzuführen sind, steht nicht nur mit der Verfassung im Widerspruch, sondern zwingt auch dazu, den Reichspräsidenten als den verantwortlichen Gesetzgeber in den Bereich der Kritik einzubeziehen.“

Es ist ja auf die Dauer unermesslich, daß es zu einem Kampfe zwischen dem groß-agrarischen Klüngel, dessen Einfluß auf den Reichspräsidenten bei jeder Gelegenheit sichtbar wird, und der Parlamentsmehrheit kommt. Der Zustand, daß eine neue Regierung durch den Reichspräsidenten von vornherein mit agrarpolitischen Bindungen belastet wird ist auf die Dauer nicht erträglich.“

Auf diesen letzten Vorstoß antwortet die folgende amtliche Verlautbarung:

„Die Behauptung eines Berliner Abendblattes, daß der Herr Reichspräsident besonderen Einfluß auf den Erlaß der Verordnung zur Neuregelung der Fettwirtschaft genommen habe, stellt sich nicht nur als eine in Form und Inhalt bedauerliche Entgleisung dar, sondern entspricht auch in tatsächlicher Beziehung in keiner Weise der Wahrheit. Die fragliche Verordnung ist von den zuständigen Ministern einzig und allein auf Grund des vorliegenden sachlichen Materials ausgearbeitet und auf Grund einmütigen Kabinettsbeschlusses vom Reichskanzler dem Herrn Reichspräsidenten vorgelegt worden.“

Der deutsch-französische Vertrag

Ein Sieg des Protektionismus

Das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag von 1927, über dessen Abschluß wir bereits im gestrigen Morgenblatt eingehend berichtet haben, ist jetzt im Wortlaut veröffentlicht worden. Das neue Abkommen tritt am 1. Februar 1933 in Kraft.

Die im deutsch-französischen Handelsvertrag verankerte allgemeine Meistbegünstigung bleibt auch in dem neuen Abkommen bestehen. Nur für einzelne Positionen, die für Deutschlands Export bedeutungslos sind, wird sie aufgehoben. Die Meistbegünstigung kommt nur dann in Fortfall, wenn in einem der beiden vertragschließenden Länder eine Entwertung der Währung von mehr als 10 Proz. eintritt.

Das Kernstück des neuen Abkommens stellt der Artikel 5 dar, der die Lösung von den bestehenden Zolltarifbindungen vorsieht.

Das Hauptziel der französischen Unterhändler bei der Einleitung der Verhandlungen war, eine allgemeine Lösung dieser gebundenen Zölle zu erreichen, die schon seit langem von sehr starken protektionistischen Interessengruppen im französischen Parlament gefordert wurde. Bei diesem wichtigsten Verhandlungspunkt ist eine Lösung derart erfolgt, daß zunächst die Bindungen bis zum 1. Februar 1933, dem Tage des Inkrafttretens des Zusatzabkommens, unverändert bleiben und daß von diesem Termin an die gebundenen Zölle einzeln mit einer Frist von nur 14 Tagen gekündigt werden können. Nach der Kündigung gelten für die betreffenden Tarifpositionen dann die autonomen Zölle. Ueber die Gegenmaßnahmen des Vertragspartners will man sich dann durch sofortige Aufnahme von Verhandlungen verständigen.

Einen sehr gefährlichen Punkt dieser Abmachungen bildet die Bestimmung, daß bei einer innerhalb von 10 Tagen nicht zustandekommenen Einigung der Vertragspartner auf dem ganzen Gebiete der Zollbindungen entsprechende Zollserhöhungen vornehmen kann.

Hier ist also für eine hemmungslose Zollpolitik Tür und Tor geöffnet.

Die französischen Kontingente, die seit

dem Sommer 1931 für eine große Anzahl wichtiger Industrie- und Agrarprodukte eingeführt wurden, bleiben von dem Vertrag unberührt; man „hofft“ auf deutscher Seite, daß Frankreich die Kontingente von sich aus mildern wird, wenn es nach der Lösung von Tarifbindungen die Zölle heraufgesetzt hat.

Das Abkommen über den Devisen- und Reiseverkehr entspricht den Verträgen, die auf diesem Gebiete bereits mit Schweden und Italien und leztlich auch mit der Schweiz abgeschlossen wurden. . . .

Dieser Vertrag ist ein Kind des Protektionismus. Mag auch in den Kreisen der deutschen Unterhändler die Befriedigung darüber vorherrschen, daß der alte Handelsvertrag von 1927 in seinem Rahmen aufrecht erhalten und auch die Meistbegünstigung in Geltung bleiben konnte, so ändert das doch darin nichts, daß in diesem deutsch-französischen Zusatzabkommen alle Möglichkeiten für eine verschärfte Abzerrungspolitik enthalten sind. Die Lösung der Tarifbindungen aber, wie es von deutscher Seite so schön heißt, „die elastische Gestaltung der Tarifbindungen“, gibt unter Anwendung der überaus kurz bemessenen Kündigungsfristen beiden Teilen für eine Reihe wichtiger Positionen jederzeit die vollpolitische Ellenbogenfreiheit. Was bei

dem handelspolitischen Ungestir,

der gegenwärtig unter dem Druck mächtiger Interessengruppen in beiden Ländern alles andere überwuchert, dabei herauskommen wird, liegt ganz bestimmt nicht auf der Linie der internationalen Handelsfreiheit, sondern auf der Linie verschärfster Abzerrung.

So gesehen, ist das deutsch-französische Zusatzabkommen ein neues Hindernis für die Befreiung des internationalen Warenverkehrs aus seiner vollpolitischen Verkrampfung und eine weitere Hemmung für die Ueberwindung der Krise.

„Vorwärts“-Wandkalender

Neben dem Kalender in der Weihnachtsnummer von „Volk und Welt“ wird den Berliner Abonnenten des „Vorwärts“ Anfang Januar der gewohnte Wandkalender des „Vorwärts“ durch die Zeitungsboten kostenlos zugestellt werden.

Strick oder Gas Schlauch

Das Ergebnis einer Hilfsbedürftigkeitsprüfung

Von einem erwerbslosen Metallarbeiter erhalten wir folgende Zuschrift:

„Seit Wochen wird bereits von dem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung geredet und geschrieben; aber mit der Arbeitsbeschaffung selbst hat es offenbar noch gute Weile. Wir älteren Arbeitslosen dürfen wohl überhaupt keine Hoffnung mehr haben, daß sich noch einmal eine Reichsregierung finden wird, die der Arbeitslosigkeit ernsthaft zuliebe geht.“

In den verantwortlichen Regierungsstellen ist man sich anscheinend noch immer nicht im klaren darüber,

wie groß das Elend der Arbeitslosen ist

und welche Verzweiflungssituation unter ihnen herrscht. Wie soll man auch noch an die Wiederkehr besserer Zustände glauben, wenn einem das nackte Leben in der Gegenwart unmöglich gemacht wird!

Ich bin jetzt 58 Jahre alt und meine Frau 63 Jahre. Im Januar dieses Jahres wurde ich arbeitslos, nachdem ich acht Jahre ununterbrochen in einer Akkumulatorenfabrik beschäftigt war. Zuerst erhielt ich wöchentlich 17,55 M. Arbeitslosenunterstützung, im Monat also rund 76,50 M. Und davon gingen 43,50 M. für Miete drauf. Wir beide hatten also zum Leben 33 M. monatlich, womit wir schlecht und recht auskamen. Die letzten Spargroschen, die wir von früher zurückgelegt hatten, legte meine Frau schließlich in einem kleinen Glaswagen für Zigaretten an, mit denen sie am 1. Juli zu handeln anfing. Ich gab natürlich auf dem Arbeitsamt den neuen Verdienst meiner Frau an, der

pro Woche zwischen sechs und acht Mark

beträgt. Es wurde mir daraufhin, wogegen ich nichts sage, der Familienzuschlag entzogen, so daß ich nur noch 11,55 M. wöchentlich Krisenunterstützung bekam. Dann kam der Ratenordnungsabbau, durch den ich schließlich auf 10,35 M. Unterstützung ankam. Trotz des Handels meiner Frau haben wir heute nicht mehr zum Leben als zu Beginn meiner Arbeitslosigkeit. Damals hatte ich allein 17,85 M. Unterstützung, heute haben wir das beide zusammen aus Unterstützung und Handel. Das ist das Ergebnis der Ratenordnung des Herrn von Papen. Da meine Frau mit ihren 63 Jahren auch nicht mehr zu den Kräftigsten gehört, ihr das stundenlange Sitzen im Wagen nicht leicht fällt, und sie schließlich auch einmal in die Wohnung gehen muß, um das Essen zu bereiten, habe ich mich jeden Tag einige Zeit an ihre Stelle in den Wagen gesetzt.

Das ist mir jetzt zum Verhängnis geworden.

Nachdem einige Male ein Prüfer in meiner Wohnung war, werde ich jetzt nicht mehr als hilfsbedürftig angesehen. Man hat mir meine 10,35 M. Krisenunterstützung in dieser Woche ganz gespart mit dem Hinweis, daß wir beide ja von dem Handel meiner Frau leben könnten.

Wir wußten bisher schon nicht mehr, wie wir durchs Leben kommen sollten. Trotz bescheidenster Lebenshaltung bin ich bereits um 56 M. mit der Miete im Rückstand. Um nicht noch tiefer in den Sumpf hineinzugeraten, habe ich mich um eine billigere Wohnung bemüht und auch eine gefunden, für die ich nach Abzug der Mietbeihilfe nur ungefähr 25 M. monatlich zahlen muß. Ich werde aber noch nicht einmal diese Wohnung, die ich am 1. Januar beziehen soll, bezahlen können, denn der Zigarettenhandel meiner Frau bringt ja nur knapp 30 M. im Monat ein, so daß uns dann

nur noch 5 M. im Monat zum Leben bleiben.

Habe ich dafür jahrelang meine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt, um mich jetzt wie ein ausgebrannter eiserner Dien auf den Schutthaufen werfen zu lassen? Ist das Arbeitsbeschaffung, wenn man den Arbeitslosen den Strick oder den Gas Schlauch in die Hände zwingt, weil sie sich irgendwie bemühen, ehrlich durch dieses elende Leben zu kommen?“

Diese Zuschrift haben wir auf ihre Richtigkeit nachgeprüft. Die Angaben stimmen. Wir haben uns bemüht, dem Arbeitslosen zu seinem Recht — oder was man heute nach dem Buchstaben der Ratenordnungen als Recht bezeichnen kann — zu verhelfen. Wir wissen nicht, ob diese Bemühungen Erfolg haben werden. Die Arbeitsämter müssen sich an das Ergebnis der Hilfsbedürftigkeitsprüfungen der Gemeinden halten. Zu welchen Umgehungsmaßnahmen dieser Zustand führt, weiß niemand besser als der Reichsarbeitsminister Dr. Scrup, der als Präsident der Reichsanstalt ein Gutachten an seinen Amtsvorgänger erstattet hat, das ein eindrucksvolles Material enthält.

Der Reichskanzler hat in seiner Programmrede im Rundfunk angekündigt, daß die Härten der Ratenordnung vom 14. Juni beseitigt würden.

Gerekes Meinung

Hat er aber etwas zu sagen?

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Heimatdienst“ einen ausführlichen Artikel über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im wesentlichen wiederholt Dr. Gereke darin die bereits in seiner kürzlichen Rundfunkrede gemachten Ausführungen. Als eine wichtige Aufgabe sieht Dr. Gereke es an, die notwendige Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Stadt und Land herbeizuführen. Er vertrete keinesfalls Notstandsarbeiten oder im herkömmlichen Sinne „zufällige“ Arbeiten, sondern die Durchführung regulärer Arbeiten der öffentlichen Hand, für die die Arbeitskräfte zu normalem Lohn herangezogen werden müssen.

Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung, so heißt es u. a. in dem Artikel, „haben wir gegenwärtig eine Arbeitslosigkeit von mehr als sieben Millionen Menschen. Zusammen mit den Angehörigen der Erwerbslosen leben rund 15 Millionen Deutscher von öffentlichen Unterstüßungen, belasten damit nicht nur die öffentlichen Einnahmen, sondern stellen auch für den Konsum weitgehend aus. Es ist deshalb von Anfang an mein Bestreben gewesen, der Aufhebung zum Durchbruch zu verhelfen, daß die Wirtschaft nur wieder belebt werden kann, wenn möglichst viele Arbeitslose zu vollem Lohn eingestellt werden, damit wir wieder jene Kaufkraft herstellen, die wir zur Verbesserung des Abfluges von Landwirtschaft und Industrie dringend brauchen. Gerade die Bemühungen zur Verbesserung der Lage unserer Landwirtschaft werden nur dann von vollem Erfolg gekrönt sein, wenn die große Masse der Verbraucher in ihrer Kaufkraft wieder gestärkt ist.“

Gereke meint es gewiß gut. Seine Absichten mögen ausgezeichnet sein. Was er sagt, ist einleuchtend. Aber — so muß man sich fragen — hat er etwas zu sagen? Ist es öffentliche Arbeitsbeschaffung, wenn man den Unternehmern Prämien zahlt, weil sie aus öffentlichen

Wir veröffentlichen die Zuschrift des Arbeitslosen, nicht weil es sich um einen besonders trafen Fall handelt, sondern weil dieses Schicksal typisch ist. Bewußt wird das Ergebnis der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinde, wenn es nicht geändert wird, im besten Fall zu einer Belastung der Gemeinde führen. Wenn die Krisenfürsorge nicht mehr zahlen darf, muß die Wohlfahrtspflege einspringen. Hier beträgt der Richtsatz für ein Ehepaar 51 M. im Monat. Aber muß die Sinnlosigkeit des

Buchstaben, der hier wahrlich tödt,

so auf die Spitze getrieben werden, daß man einen Mann bestraft, weil er in seiner ihm aufgezwungenen freien Zeit seiner Frau hilft? Rufen die beiden alten Leute bestraft werden, weil sie versuchen, sich irgendwie auf ehrliche Weise ein paar Groschen zu verdienen?

Daß die Arbeitsbeschaffung das dringendste Problem ist, das jede Regierung lösen muß, die sich halten will, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Nicht weniger dringend, aber viel leichter zu lösen ist das Problem, die Arbeitsämter aus Folkierkammern wieder zu einer sozialen Einrichtung zu machen.

Mitteln Aufträge erhalten? Ist es Arbeitsbeschaffung, wenn Milliarden für Steuergeheimke und Prämien verschwendet werden, die eigentliche Arbeitsbeschaffung aber auf den lächerlichen Betrag von 500 Millionen reduziert wird?

Sicherheit zur See

Durchführung der Abkommen

Auf Grund der am 22. Dezember 1932 ergangenen Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Seefahrt werden in einer der nächsten Nummern des Reichsgesetzblattes Teil II vier Verordnungen des Reichspost- und Reichsverkehrsministers ergehen, die erforderlich sind, um das am 11. Mai 1929 in London geschlossene Internationale Übereinkommen zum Schutze des menschlichen Lebens auf See (Schiffssicherheitsvertrag) und das ebenfalls am 3. Juli 1930 geschlossene Internationale Übereinkommen über den Freihand der Kauffahrtschiffe (Freihandvertrag) durchzuführen. Die vier Verordnungen betreffen: 1. Sicherheitseinrichtungen und Sicherheitszeugnisse für Jahrgastschiffe, 2. die Sicherheit der Seefahrt, 3. die Funkausrüstung und den Funkwachtendienst der Schiffe, 4. den Freihand der Kauffahrtschiffe.

Schärfster Druck in U.S.S.R.

Wie unter der Gesindeordnung

Moskau, 29. Dezember.

Das Arbeitskommissariat der Sowjetunion hat sämtlichen Leitungen der Werke und staatlichen Fabriken sowie anderer staatlichen Unternehmungen verboten, neue Arbeiter einzustellen. Das Verbot wird damit begründet,

daß Arbeiter ihre Arbeitsstätte, ohne sich abzumelden, verlassen und versuchen, neue Stellen zu besseren Bedingungen zu erhalten. Die Werkleitungen sollen künftig von neuen Arbeitern die Vorlegung eines Entlassungsscheins ihrer bisherigen Arbeitsstelle verlangen. Wenn solche Entlassungsscheine nicht vorgelegt werden können, dürfen auch keine Lebensmittelkarten ausgestellt werden.

Diese Verordnung des Arbeitskommissariats erinnert an die preussische Gesindeordnung der Vorkriegszeit. Damals war es Landwirten verboten, Landarbeiter einzustellen, wenn diese nicht „ordnungsgemäß“ ihre vorherige Stellung verlassen hatten. Im Lande der „Diktatur des Proletariats“ kommt noch die Entziehung der Lebensmittelkarten hinzu, eine Erziehungskraft, die den Klassen Reich des Janushauers erregen dürfte.

55 Prozent Gehaltsabbau

Das nennt sich Sozialversicherung

Trotz der Erklärung des Reichskanzlers von Schleicher in seiner Rundfunkrede, daß „eine weitere Senkung des Einkommens weder sozial erträglich, noch wirtschaftlich zweckmäßig ist“, hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin seinen Angestellten der Heilfürsorge Beihilfe mitgeteilt, daß ab 1. Januar 1933 eine weitere Kürzung ihrer Gehälter erfolgen würde.

Durch die Ratenordnungen des Reichspräsidenten und die Sparnotverordnung von Preußen wurden die Gehälter der Beamten und Festangestellten der VVA Berlin bereits bis zu 27 Proz. gekürzt. Dazu kommt aber noch die Kürzung der Gehälter durch das Beamtungsverfahren des Oberpräsidenten im Jahre 1931 bis zu 8 Proz., so daß sich insgesamt bis heute eine Gehaltskürzung bis zu 35 Proz. ergibt. Die jetzt durch den Vorstand der VVA angekündigte neue Gehaltskürzung bis zu 20 Proz. würde einen Abbau der Gehälter bis 55 Proz. des Gehalts nach der Befoldungsordnung vom Jahre 1927 mit sich bringen!

Der Vorstand der VVA behauptet, dieser ungeheuerliche Abbau erfolge auf Anweisung der Aufsichtsbehörde (Reichsversicherungsamt). Daß dort sozialpolitisch reaktionäre Herren sitzen, ist uns nicht unbekannt. Wir können aber nicht glauben, daß das Reichsversicherungsamt nur eine Nachprüfung der Befoldungsordnung der mittleren und unteren Befoldungsgruppen der Festangestellten der Heilfürsorge fordern sollte. Wir nehmen vielmehr an, daß der oder die Abbaumülligen, die diesen buchstäblich unerträglichen Gehaltsabbau den ohnehin schon am niedrigsten Entlohnungen zu tragen zumuten, in der Landesversicherungsanstalt selbst zu finden sind.

Wie wir erfahren, soll der Ausschuß der VVA Berlin diesen brutalen und gegen Recht und Gerechtigkeit verstößenden Gehaltsabbau heute beschließen. Wir erwarten, daß der Ausschuß den Vorschlägen nicht folgt. Wenn aber wider Erwarten und gegen jedes menschliche Empfinden der Ausschuß seine Beschlüsse fassen sollte, dann wird es die Aufgabe der Angestellten der Heilfürsorge sein, mit ihrer Gewerkschaft gegen diesen sozial und wirtschaftlich unerträglichen Gehaltsabbau zu kämpfen.

Die Dockarbeiter von Le Havre haben nach längerem Streit beschlossen, zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Wertheim“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Wohlfühl und Zeit“ / Bezugspreise: Wochenzeitung 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 21 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Werbung 3,00 M. einschließlich 60 Pf. Postabgabe, und 72 Pf. Postbestellgebühren. Zustandsabonnement 5,00 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckporto 4,00 M. Bei 3. soll der Verleger wegen höherer Gewalt befreit sein. Anspruch der Abonnenten auf Ersatz / Anzeigenpreise: Die einseitige Blattmeterzahl 10 Pf., Rückseite 1,50 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 30 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Werte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Blattmeterzahl 16 Pf., Familienanzeigen Blattmeterzahl 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Jedenfalls 3. wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Abkürzung nicht gewährter Anzeigen vor. / Verantwortlich für Inhalt: Victor Schulz; Schriftf. G. Klagelöhner; Gewerkschaftsbewegung; J. Steiner; Druckerei: Hebert Verlag; Verleger: Otto Senft; Familien- / Verleger: Wertheim-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Wertheim-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 68, Unterstr. 2.

WERTHEIM

Zusendung von 5 M. an Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

- Frisches Fleisch**
- Kalbskamm o. Beilage Pf. 0.44
 - Kalbsbrust u. Rücken Pf. 0.54
 - Kalbskeule o. Haxe Pf. 0.68
 - Kalbskotelett Pf. 0.94
 - Kalbschnitzel Pf. 1.28
 - Hammel-Vordarfleisch 0.52
 - Lammrücken Pf. 0.68
 - Ochsen-Suppenfleisch 0.48
 - Ochsen-Schmorfleisch 0.74
 - Ochsen-Roulade Pf. 0.84
 - Schweinebauch Pf. 0.68
 - Kaßler frisch geräuch. Pf. 0.68
- Schweineschinken u. Schulter, ohne Blige., Pf. 74 Pf.**
- Schweinekotelett Pfund 84 Pf.**

- Obst**
- Frische Ananas Pf. 0.65
 - Mandarinen Pf. 0.64
 - Apfelsinen Pf. 0.35
 - Jaffa-Orangen Pf. 0.68
 - Zitronen Pf. 0.28
 - Krachmandeln Pf. 0.55
 - Traubenrosinen Pf. 0.65
 - Tafeläpfel, amerik. 2 Pf. 0.45
 - Rot- u. Grünkohl 3 Pf. 0.10
 - Rosenkohl Pf. 0.23
- Geflügel**
- Hühner frisch Pf. 0.65 0.78
 - Puten frisch Pf. 0.78 0.98
 - Enten frisch Pf. 0.80 0.83
 - Kaninchen frisch Pf. 0.63 0.73
 - Hafermastgänse Pf. 0.78 0.88
- Frische Gänse Pfund 74 Pf.**

- Fische**
- Kabeljau o. K. g. F. Pf. 0.14
 - Rotbars o. K. g. F. Pf. 0.16
 - Schellfisch Pf. 0.18
 - Kaballaufel Pf. 0.22
 - Grüne Heringe Pf. 0.35
 - Frischer Zander g. F. Pf. 0.35
 - Frische Karpfen Pf. 0.45
 - Leb. Spiegelkarpfen an 0.55
 - Lachs gefroren Pf. an 0.85
 - Leb. Schleie Pf. an 0.65
- Wild**
- Hasen gestr. u. suag w. an 0.68
 - Wild-Biste-Rück. Keule Schwein Pf. an 0.70 0.8 1.08
 - Hirsch Pf. an 0.58 0.82 0.88
 - Reh Pf. an 0.78 1.03 1.28
- Kaninchen gefror., Stück an 88 Pf.**

Billige Lebensmittel

- Sowjet Vorrat:**
- Camembert vollfett Sehl. 0.24
 - Harzerkäse ca. 1-Pfd.-Pak. 0.25
 - Blockkäse (Tilsiter oder Emmentaler Art) 20% Pf. 0.46
 - Tilsit, Steinbuscher v. f. 0.68
 - Holländer, Edamer vollf. 0.72
 - Margarine Pf. 0.74
 - Kokosfett Pf. 0.88
 - Schmalz (Bras.) 0.46 roh 0.50
 - Molkereibutter Pf. 1.16 1.20
 - Markenbutter Pf. 1.24
- Räucherwaren**
- Böcklinge Pf. an 0.28
 - Sprotten „Kiste 0.22 Pf. 0.25
 - Aale Pf. an 1.20 Bund an 0.34
- Nur Leipziger Straße, Holländische Austern, Leb. Hummern u. Forellen
- Wurst**
- Dampf- u. Fleischwurst 0.75
 - Landwurst- u. Jagdwurst 0.84
 - Mettwurst (B. Art) Pf. 0.95
 - Wiener Würstchen Pf. 0.95
 - Zervelat u. Salami 1.03 1.15
 - Speck fet. Pf. 0.84 mager 0.95
 - Fleisch-, Herings-, Bauernsaat, Majonaisse Pf. 0.58
 - Humm.-Majonaisse Pf. 3.00
- Konserven**
- Kaiserschoten Pf. 1.20
 - Br.-Spargel 1.35 o. K. 0.95
 - Sig.-Spargel 1.50 Pf. 1.25
 - Erdbeeren Pf. 0.90
 - Pflirsche rhein. Pf. 1.10
 - Ananas Pf. 1.05 1.35
- Enten gefror., Pfd. v. an 58 Pf.**
- Fischmarnaden**
- 1/2 Liter-Dose von an 54 Pf.
- Wein**
- 31 Obermoseler Pf. 0.75
 - 31 Liebfraumich Pf. 0.95
 - 31 Wehlener Feinrot Pf. 1.20
 - 29 Altenbamberger Pf. 1.5
 - 28 Niersheimer Pf. 1.53
 - 30 Eitelsh. Sonnens Pf. 1.65
 - 29 Ruppertsbg. Pf. 2.25
 - 29 Grasch. Pf. 2.40
 - 31 Ingelheimer Pf. 0.95
 - 26 San Justo span. Rotw. 1.30
 - 28 Chät. Mallevot Pf. 1.50
 - 26 Chät. Lat. de Mons. 1.60
- Fruchtschaumwein mit Steuer u. Flasche 1.10 1.20
- Traubensekt m. Se. u. Fl. 3.00
 - Spezial-Cuvée Tafelwein mit Steuer u. Flasche 3.50
 - Wa. S. Wein Ltr. 0.80 3 Ltr. 3.50
 - Maikammer Ltr. 0.95 5 Ltr. 4.50
 - Dörkh. Rotw. 0.90 5 Ltr. 4.25
 - Malaga dunk. Ltr. 1.20 5 Ltr. 5.75
 - Rum-Verschnitt Pf. 3.40
 - Burgunder, Rum-, Arrak-Pungcher m. Fl. 1/2 Fl. 3.25 1/2 1.75

Die Legende eines Hauses

Das Haus Alte Leipziger Straße Nr. 1 und Karl Marx

In dem von Franz Mehring 1902 herausgegebenen literarischen Nachlaß Marx' und Engels' aus den vierziger Jahren, einem stattlichen Band von beinahe fünf hundert Seiten, findet sich auf der achtzehnten Seite des ersten Bandes folgender Hinweis auf Marx' Berliner Wohnung:

„Marx wohnte damals in der Alten Leipziger Straße 1, demselben Hause, das Lessing bei seinen letzten Besuchen in Berlin bewohnt hatte. Nun rief ihm ein Arzt zum Sanktaufenthalt, und „so geriet ich zum ersten Male durch die ganze lange Stadt vor das Thor nach Stralow“; Stralow Nr. 4 lautete die Adresse auf den Briefen des Vaters.“

Wenn wir von der Stralower Adresse absehen, die richtig angegeben ist, dann hat weder Marx noch Lessing in der Alten Leipziger Straße 1 gewohnt. Dennoch wurde dieses Haus zur ehrfürchtig betrachteten und bis auf die heutigen Tage erhaltene angebliche Wohnstatt Marx' in seiner Berliner Zeit.

Eine Nachfrage in dem alten windstiefen und baufälligen Haus, dessen rechte Siebelfläche und einstige Sperlingsgasse himelstreichend, davor liegt die lagerräumwundene Jungfernbrücke, kann die herrschende Legende nur bestätigen. „Ja“, meint der Gastwirt, „ich habe mein Geschäft schon seit der Vorkriegszeit und oft genug waren Leute hier, die eine Gedenktafel für Marx anbringen wollten. Auch sonst hörte man bisweilen aus Gesprächen von Gästen, daß Marx hier gewohnt hat.“ — „Wissen Sie vielleicht, in welchem Stadtwerk?“ — „Nein, das kann ich nicht sagen, es hat übrigens auch keinen Zweck nachzufragen, da der ganze Häuserblock Alte Leipziger Straße—Kardes Hof—Adlerstraße über kurz oder lang abgerissen wird, um einen Erweiterungsbau der Reichsbank Platz zu machen.“ Das ist nicht erschütternd, was der Gastwirt zu melden weiß, es bewegt sich aber in der Richtung parteigeduldiger Auskünfte, die alle einen mitleidigen Unterton haben: „Ach, die alle Kamelle wollen Sie wieder aufwärmen, das Haus ist doch schon hundertmal photographiert worden.“ Nun, wir werden sehen.

Die Gedenktafel Berlins

Inzwischen hat nämlich die Stadt Berlin den Tertium Mehrings stillschweigend von sich aus korrigiert und an dem Hause Rohrenstraße 17—18, das ist an der Ecke der Friedrichstraße, folgende Gedenktafel angebracht:

An dieser Stätte wohnte

1837—1883

Karl Marx

der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Seinem Andenken die Stadt Berlin

1929.

Es wird kaum mehr nachzuprüfen sein, auf Grund welcher Quellen Mehring zu der Annahme kam, Marx hätte Alte Leipziger Straße 1 gewohnt. Jedenfalls stieß vor einiger Zeit der Bibliothekar der Berliner Magistratsbibliothek, Dr. Walter, bei seinen Recherchen über den Berliner Aufenthalt historischer Persönlichkeiten auch auf das Haus Alte Leipziger Straße 1. Es fand sich kein Anhaltspunkt, daß Lessing jemals in diesem Hause gewohnt hat, ebensowenig wie Lessing die Minna von Barnhelm in Berlin, sondern in Breslau geschrieben hat. Wie mit Lessing war es mit Marx. Die sicherste Quelle bei den Nachforschungen nach den Berliner Wohnungen waren die Akten des Einwohner-Meldeamtes im Hause des Polizeipräsidiums. Aber so sehr man das Haus absuchte, so wenig war etwas

zu finden, leider waren vor einigen Jahren die alten Akten der vier Jahrgänge des vorigen Jahrhunderts dem Flammertode überantwortet worden.

Glücklicherweise erwies sich aber ein anderes Dokument als erhalten geblieben, das einen so ziemlich vollständigen Erlaß für die verbrannten Akten des Berliner Einwohner-Meldeamtes zu geben vermag: das „Ankündliche Verzeichnis des Personals und der Studierenden auf der Kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin“. Wenn man hierbei von einem „vollständigen Erlaß“ spricht, dann mag berücksichtigt sein, daß in damaliger Zeit alles Studentische der wachen Aufmerksamkeit der Polizei begegnete, wir erinnern nur an Arnold Ruge, der als ein der Demagogie verdächtigster Studenten sechs Jahre in preussischen Gefängnissen zubringen mußte, und der auch in der berüchtigten Stadtvogel lag. Es liegt also kein Anlaß vor, an der überlieferten Nachricht zu zweifeln, daß auch noch zu Marx' Berliner Zeit, als die Wogen der Pariser Revolution längst wieder von einem düsteren Grau überschattet wurde, alle studentischen Anwesenheiten durch die Polizei kontrolliert wurden und wenn man noch hinzusetzt, daß Marx, zumindest bis zu den Tagen der „Rheinischen Zeitung“ keinen Anlaß hatte, seine Adresse irgend jemand zu verbergen, dann darf man schon dieses von Dr. Walter ausgegrabene Universitätsverzeichnis als Beweismittel für Marx' Aufenthalt in Berlin heranziehen.

Marx als Nomade

Danach wohnte der Student der Rechte Karl Heinrich Marx aus Trier (immatrikuliert am

22. Oktober 1836) während seiner acht Semester in den Jahren

Table with 2 columns: Year and Address. 1836/37 Mittelstraße 61, 1837 Rohrenstraße 17, 1837/38 Alte Jakobstraße 50, 1838 Rohrenstraße 17, 1838/39 Luisenstraße 45, 1839 Charitéstraße 10, 1839/40 Marktgrabenstraße 30, 1840 ebenda.

Berühmte dieser Häuser existieren nicht mehr in ihrer früheren Gestalt, einige haben die Hausnummern gewechselt, das Haus Marktgrabenstraße 30 trägt jetzt die Nummer 50 und an dem heutigen Hause Rohrenstraße 17 hat die Stadt Berlin die oben erwähnte Gedenktafel anbringen lassen. Aber in der Alten Leipziger Straße 1 hat Karl Marx niemals gewohnt.

Dagegen bestehen, soweit sich überlegen läßt, an der Stralower Adresse keine Zweifel. Das von Mehring erwähnte Haus Stralow Nr. 4, wohn die Briefe seines Vaters Heinrich Marx gerichtet waren, existiert noch und trägt heute die Bezeichnung Alt-Stralow 23. Einmal und unansehnlich steht das schmucklose Haus neben der „Alten Tavernen“, bedeckt durch eine übermannshohe Mauer und der jetzige Besitzer des Hauses, ein Fuhrwerksbesitzer, würde mit dem Sozialisten Karl Marx keine Jagdpartie mehr wie damals unternehmen. Als sich kurz nach dem Rosenbergschurz eines Sonntagmorgens ein kleiner Trupp Stralower Sozialisten nach dem Hause Alt-Stralow 23 aufmachte, um eine Marx-Büste an dem Hause aufzuhängen, wehrte der Besitzer hartnäckig ab.

Betörte Mädchen

Drei Jahre Zuchthaus für einen Heiratsschwinder

Heiratsschwinder sind über alle Maßen gewisslos; sie locken den Hausangestellten die letzten Ersparnisse aus der Tasche, ruinieren die „Schwiegereltern“, schwängern die „Braut“ — es ist ihnen nichts heilig. Solch ein gefährlicher Bursche ist der „Fliegeringenieur“ und „Chorpieler“, auch „Schauspieler“ und „Filmartist“ Wilhelm Bringmann. Die heiratstüchtigen Mädchen sollten sich den Namen merken. In etwa zweidreierhalb Jahren, nach Verbüßung der Zuchthausstrafe, die das Schöffengericht Berlin-Schöneberg ihm loben subskribiert hat, beginnt er sein Unwesen bestimmt von neuem. Wehe den Frauen, die seinen Weg kreuzen!

Bringmann ist ein Mann Ende der vierzig, von gepflegtem Aussehen, äußerst gewandt in seinem Benehmen, noch gewandter in Rede und Schrift. Seine Briefe sind geradezu herzbetäubend. Seine Vorkrausen, 17 an der Zahl, reichen in das Jahr 1906 zurück. Im Jahre 1909 erhielt er seine letzte Strafe wegen eines Heiratsschwindsels. Das Opfer war damals eine Krankenschwester, die seinetwegen ihren Dienst aufgab.

Im Sommer 1931 sprach er am Rathaus Schöneberg die Hausangestellte K. an: Seine Frau, unheilbar krank, sei in der Aerenanstalt, er habe mit verschiedenen Frauen viel Unglück erlebt usw. Die Bekanntschaft wurde fortgesetzt, die Beziehungen wurden intimer, der „Fliegeringenieur“ brauchte unter den verschiedensten Vorwänden Geld. „Diele Kleinigkeiten werst du doch für mich opfern können“, sagte er zu seiner

Freundin, „wo ich dir ja alles opfern will“ — und erhielt von ihr Monate hindurch ihren ganzen Lohn. Er versprach ihr die Ehe, gab vor, Möbel gekauft zu haben, eine Wohnung mieten zu wollen usw. Daß er zur selben Zeit der Tochter eines Maurerpollers aus Hildesheim gleichfalls das Eheversprechen gegeben hatte, ahnte die Hausangestellte natürlich nicht. Die Haus-tochter aus Hildesheim erklärte aber im Januar dieses Jahres den Eltern, sie beabsichtige sich zu verloben.

Im Mai erschien der zukünftige Bräutigam im Hause der „Schwiegereltern“ und durfte hier mit seinem Sohne aus erster Ehe sechs Wochen lang wohnen. Der Schwiegervater gab 350 Mark zum Möbelkauf und nahm sogar eine Hypothek auf sein unbelastetes Grundstück auf; 4000 Mark wenderten so in die Tasche des zukünftigen Schwiegersohnes; dieser brauchte das Geld zu angeblichen Autogeldschäften.

Aus Hildesheim schrieb er an seine Braut in Berlin, daß seine Mutter gestorben sei und er eine große Erbschaft von zwei Häusern, einem Gut und 168 000 Mark erhalten habe. Außerdem kündete ihm nach 35 000 Mark Entschädigung aus einem Flugunfall zu. Das gleiche erzählte er seiner Braut und deren Eltern in Hildesheim; aus Hannover schickte er an sie einen gefälschten Wechsel, der das Mädchen von der Erbschaft bestärkte und schrieb später am selben Tage an seine Berliner Braut und an seine Hildesheimer Schwiegereltern: „Ihr werdet mich doch nicht 100 Meter vom Ziele im Stich lassen; ich stehe doch unmittelbar vor der Hoch-

zeit. Ich brauche unbedingt 60 Mark.“ Und als er gar keinen Ausweg mehr sah, stellte er sich der Polizei — die Berliner Braut war bereits hinter seine Schliche gekommen. Der Schwiegervater ist ruiniert, sein Grundstück soll zwangsversteigert werden, die Haus-tochter erwartet von ihm ein Kind, die Hausangestellte ist 500 Mark los.

Das Gericht verurteilte diesen Schurken zu drei Jahren Zuchthaus, 100 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust.

Gefängnis für Wüst

RA. Triebel amnestiert und... verurteilt

In dem Prozeß gegen den Kaufmann Wüst und den nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Triebel wurde gestern nach viertägiger Verhandlung das Urteil gefällt.

Der Kaufmann Wüst wurde wegen gemeinschaftlichen Betruges, in Tateinheit mit Urkundenfälschung zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Verfahren gegen Rechtsanwalt Dr. Triebel ist bekanntlich auf Grund der Amnestie eingestellt worden; da er die ihm zur Last gelegten Handlungen aus wirtschaftlicher Not begangen haben soll. Die Urteilsbegründung war aber sowohl für Wüst als auch für Rechtsanwalt Dr. Triebel vernichtend. In der Urteilsbegründung heißt es: Wüst sowie Triebel hätten sich bei dem Abschluß des portugiesischen Sardinengeschäftes, durch das zwei portugiesische Exportgeschäfte um 164 000 M. geschädigt worden waren, von gewinnbringenden Absichten leiten lassen. Es sei beiden nur darauf angekommen, das Sardinengeschäft zu tätigen, um die Waren sofort zu lombardieren und Geldmittel in die Hand zu bekommen. Wüst hatte von dem Grafen Katenburg ein stillgelegtes kleines Bergwerk in Schöffeln erworben und die Tage von 20 000 M. auf zwei Millionen veräußert. Die gefälschte Lage benutzte Dr. Triebel dann als Grundlage für seine Auskünfte beim Abschluß des portugiesischen Sardinengeschäftes. Strafmaßstab für Triebel ist die „wirtschaftliche Not“, in der er sich zur Zeit der Tat befand.

Nach dieser Urteilsbegründung ist Rechtsanwalt Dr. Triebel durch die Amnestie wohl um das Gefängnis herumgekommen, die Anwaltskammer hat sich aber, wie verlautet, bereits eingehend mit dem Fall Triebel beschäftigt. Der Ausschluß Triebels aus dem Anwaltsstand soll nur eine Frage von wenigen Tagen sein. Rechtsanwalt Dr. Triebel war in den letzten Jahren als Verteidiger fast in hundert großen SA-Prozessen tätig.

Ein schießender Pfarrer

Die Biff-Baff-Bäffchen-Pistole

Pfarrer Keifel von der Nicolaitische in Spandau sollte gestern ein Ehepaar trauen. Als er im Kantental durch den Turm der Kirche schritt, warfen zwei Spandauer Bengel einen Knallfrosch und liefen davon. Der gefällige Herr griff unter den Talar, zog eine Pistole und schoß — natürlich in die Luft.

Wer hätte gedacht, daß unter der feierlichen Amtstracht des Pfarrers eine zivile Hose ist und in der Hosentasche eine Pistole! Wer hätte gedacht, daß der Herr Pfarrer fünf Gramm Pulver für kräftiger hält als die Nacht des Gebets, und wer hätte sich vorgestellt, daß der Herr Pfarrer zur Trauung in die Kirche geht — mit der Pistole in der Hosentasche!

KARSTADT'S Lebensmittel

Bestellungen über 5.00 Mark unter F 6 Baerwald 0012 werden prompt erledigt. Für Sonnabend müssen sie Freitag in unserem Besitz sein.

Table with 8 columns: FRISCHFLEISCH, BUTTER, KÄSE, EIER, GEFÜGEL UND WILD, BACKARTIKEL, WEISSWEINE, SPIRITUOSEN, WURSTWAREN, OBST U. GEMÜSE, DELIKATESSEN, WEINE VOM FASS, ROT- U. SÜSSWEINE, LIKÖRE, SCHAUMW.

Pfannkuchen 60, Spiegelkarpfen 65, Zur Bowle Erdbeeren 1/2 Ds. M. 0.90 AnanasMalayaSchl. 1/2 D. M. 1.05

Polizei und die Reform Berlins

Magistratsvorschlag gutgeheißen — Die Grenzberichtigungen

Der Polizeipräsident hat gegen die vom Magistrat vorgeschlagene Neueinteilung der Bezirke grundsätzlich keine Bedenken erhoben. Er verteidigt die Auffassung, daß die städtischen und polizeilichen Bezirke wegen der engen Zusammenarbeit der einzelnen Verwaltungsstellen möglichst übereinstimmen sollen.

Allerdings hat der Polizeipräsident darum gebeten, daß die von der städtischen Verwaltung beabsichtigten Grenzberichtigungen die häufig zu besonders schwierigen Fragen an den Knotenpunkten des Großstadtlebens geführt haben, mit großer Beschleunigung durchgeführt werden mögen. Vor allem erscheint dies für große Verkehrsmitelpunkte, wie den Hermannsplatz, Potsdamer Platz, Rosendorfsplatz und Auguste-Viktoria-Platz, notwendig. Nach Möglichkeit soll bei dieser neuen Grenzziehung auf leicht erkennbare Grenzen, wie natürliche Gewässer, Kanalläufe und Eisenbahnlinien zurückgegriffen werden, sofern nicht der Charakter der Stadtteile diesseits und jenseits solcher Grenzen dariebe ist. Der Polizeipräsident glaubt allerdings, daß vom verwaltungsrechtlichen Gesichtspunkt aus gegen die vom Magistrat geplante Zusammensetzung der

drei großen Innenbezirke zu dem zukünftigen Verwaltungsbezirk Mitte mit über 600 000 Einwohnern erstere Bedenken bestehen und daß daher für diesen Bezirk die Bildung von zwei Polizeiamttern, etwa Mitte und Kreuzberg-Tiergarten, erforderlich sei, da gerade in der Innenstadt die polizeiliche Tätigkeit besondere Anforderungen an die Polizeiverwaltung stellt.

Diese gutachtliche Äußerung des Polizeipräsidenten, der in Berlin bekanntlich in einigen verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten die Befugnis des Regierungspräsidenten inne hat, ist auf Veranlassung des Oberpräsidenten erfolgt, der nunmehr abschließend zu den Vorschlägen des Magistrats für die Bezirkseinteilung unter etwaiger Berücksichtigung der vom Polizeipräsidenten aufgestellten Wünsche und geäußerten Bedenken Stellung nehmen wird. Dann wird die Angelegenheit dem Innenministerium unterbreitet, das über die Frage der Bezirksreform zu befinden hat, und schließlich wird die Stadt Berlin voraussichtlich noch einmal zu Worte kommen, so daß also die endgültigen Beschlüsse über die Bezirksreform noch geraume Zeit auf sich warten lassen dürften.

RZB. macht „mobil“

Und verspricht 10 000 M. Belohnung

In zahlreichen Berliner Anschlagläufen, hauptsächlich im Osten der Stadt, in der Nähe der Bayahagener, Romintener und Warschauer Straße, wurden am Mittwoch und Donnerstag illegale kommunistische Plakate von unbekanntem Täter angebracht.

Ein weißes Plakat enthielt die Aufschrift „Mobilisierung des Roten Frontkämpferbundes, Reichswehr und Polizeibeamte holtet euch bereit zum Massenstreik“, und ein anderes Plakat auf rotem Papier forderte unter der Überschrift: „10 000 Mark Belohnung zahlt der Rote Frontkämpferbund“ die wertvolle Berliner Bevölkerung auf, die Namen und Adressen derjenigen mitzuteilen, die auf Grund der Anrufe des Polizeipräsidenten den Behörden Mitteilungen über die Herstellung und Verbreitung illegaler Schriften gemacht hätten. Es wird in diesem Aufruf allerdings betont, daß diese Belohnung nicht gezahlt würde, aber gebührt mit den „Verrätern“ abzurechnen. Die Plakate, die mit der Unterschrift „Die roten Frontkämpfer“ versehen waren, wurden an verschiedenen Stellen von Polizeibeamten von den Anschlagläufen beseitigt und Anzeigen gegen die bisher nicht ermittelten Verbreiter erstattet. Nach der Herkunft und dem Druckort der Plakate ist seitens der politischen Polizei eine Untersuchung eingeleitet worden.

Die Post zu Neujahr

Richtige Adressen — frühe Aufgabe

Der alljährliche Weihnachts-Ansturm auf die Post legt nun wieder hinter uns. Der zweite und letzte Ansturm, die Neujahrsglückwunschkarten, steht noch bevor.

Mit Recht weist die Post darauf hin, daß sich der Postverkehr zum Jahreswechsel glatter abwickeln wird, wenn die Neujahrskartenbriefsendungen möglichst frühzeitig aufgegeben und mit genauer Anschrift des Empfängers (Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stadtteil, Postbezirk und

Zustellpostanstalt) versehen werden. Durch die Angabe der Zustellpostanstalt auf den Briefsendungen nach Berlin und anderen Großstädten wird die Ankunft wesentlich beschleunigt. Es wird auch dringend empfohlen, die Freimarken für Neujahrskarten nicht erst am 30. und 31. Dezember, sondern früher einzukaufen, damit im Schalterverkehr keine Störungen eintreten.

Billige Glückwunschkarten zu Neujahr befördert die Reichspost bis zum 6. Januar, die Post läßt die Telegramme den Empfängern am Silvesterabend oder am Neujahrstage zustellen, die später eintreffenden gleich

Der Verkehr in der Silbesternnacht

Besonderer Nachtbetrieb aller Berliner Verkehrsmittel

Um denen, die es sich in dieser mehr als traurigen Zeit noch leisten können, die Silbesternnacht in städtischer Gesellschaft außerhalb der Wohnung zu verbringen, die Helmfahrt bequem und billig zu ermöglichen, hat die städtische Verkehrs-gesellschaft für die Straßenbahn, für die U-Bahn und für den Autobusbetrieb einen besonderen Nachtfahrplan eingerichtet.

Die Hoch- und Untergrundbahn wird wie in den vorigen Jahren wieder allgemein einen durchgehenden Nachtbetrieb aufrechterhalten. Bei der Straßenbahn ist ein durchgehender Nachtbetrieb bei folgenden Linien vorgesehen:

Linie 1 (Stadtring), 4 E (Görlitzer Bahnhof—Strelitzer Straße), 5 (Muhlenring), 8 (Weißensee—Turm—Ecke Beusselstraße), 9 E (Hermannsplatz—Strelitzer Straße), 15 (Bahnhof Neufölln—Potsdamer Bahnhof), 24 (Rannierstraße—Buchholz), 27 (Hermannsplatz—Brig), 28 (Ziegel—Ziegelort), 128 (Ziegel—Heiligensee), 44 (Görlitzer Bahnhof—Bahnhof Steglitz), 47 E (Kardend—Hädecker Markt), 60 E (Weißensee—Kathaus Jüdenstraße), 64 (Rosendorfsplatz—Spandau, Bichelsdorfer Straße), 69 (Leipziger Platz—Friedrichsfelde), 72 (Weißensee—Jüdenstraße Kathaus), 74 (Anipragerstraße—Viktoria-See Zehlendorfer Straße), 176 (Halensee—Kathaus Jüdenstraße), 177 (Bahnhof Zoo—Viktoria-See), 187 (Behrenstraße—Köpenick),

nach der Ankunft. Im deutschen Verkehr kann man einer festen Fassung noch eigene Worte anfügen. Feste Texte werden im Urchriftstelegramm nur durch ihre Kennzahl wiedergegeben, die als ein Gebührensamt zählt und in der Ausfertigung für den Empfänger durch die Textworte ersetzt wird. Die Gebühren betragen für ein Telegramm im inneren deutschen Verkehr 75 Pf. (im Ortsverkehr 50 Pf.), wofür 10 Gebührensamt gezahlt sind. Jedes weitere Wort kostet 5 Pf.

Erhaltet die Wälder!

Die Gesundheit des Großstädters — Sozialdemokratische Forderung

Die Sozialdemokraten haben im Preussischen Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die in dem Gesetz zur Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vorgesehene Schutzfrist von 10 auf 20 Jahre erhöht werden soll.

Das Gesetz stammt vom 29. Juli 1922 und die Schutzfrist für die Erhaltung des Baumbestandes läuft in zahlreichen Fällen mit dem Jahre 1932 ab, wenn nicht die beteiligten Gemeinden die betreffenden Flächen gepachtet oder gekauft haben. Da die Gemeinden heute aber nicht in der Lage seien, Aufwendungen für den Ankauf dieser Flächen zu machen, tauche für die Großstadtbevölkerung die Gefahr auf, daß jetzt wieder wie in der Inflationszeit eine mißliche planlose Abholzung dieser für die Volksgesundheit so notwendigen Flächen erfolge. Um dem vorzubeugen, sei eine Verlängerung der Schutzbestimmungen unerlässlich.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat ferner folgenden Antrag eingebracht:

Die für die Gesundheit der Großstadtbevölkerung von Berlin so notwendige Erhaltung des Waldbestandes ist gefährdet. Gelangen die Parzellierungspläne im Osten Berlins in der Köpenicker Dammforst usw. und die südliche Linienführung der Umgebungsbahn Erkner—

Schönheid—Schöneiche zur Durchführung, wird in diesem Gebiet der schönste und wertvollste Teil des historischen Waldes der Erholung suchenden Bevölkerung geraubt.

Die minderbemittelte Bevölkerung, die sich keine teuren Erholungsreisen nach außerhalb leisten kann,

müßte hierunter in erster Linie leiden. Diese Nachteile lassen sich vermeiden, wenn man für die Siedlung anderes Gelände nimmt und die Linienführung der Bahn anders legt. Beides ist möglich. Wir beantragen daher: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. die zu Siedlungszwecken geplante Abholzung von forstwirtschaftlichem Gelände in der Köpenicker Dammforst, in der Försterei Neu-Krummenbamm und bei der städtischen Försterei Rahnsdorf zu unterbinden; 2. auf die Reichsbahn einzuwirken, daß für die Umgebungsbahn Erkner—Schönheid—Schöneiche die Linienführung nördlich des bestehenden Bahnkörpers gewählt wird.

Tragödie des Abgebauten Im Müggelsee ertränkt

Aus dem Müggelsee, unweit des Tunnels nach Friedrichshagen, wurde gestern der 47 Jahre alte Obersekretär Hugo L. aus der Elbinger Straße als Leiche gefischt. Der Lebensmüde hatte vor einigen Tagen nach fast 25jähriger Dienstzeit seine Entlassung erhalten. Aus Verzweiflung darüber verließ er am 27. Dezember seine Wohnung und fuhr nach dem Müggelsee hinaus, wo er den Tod im Wasser suchte.

In wenig Worten

Am Donnerstag bemerkte ein Schiffer im Spandauer Südhafen die in der Havel treibende Leiche eines älteren Mannes. Er barg den Toten und benachrichtigte die Polizei, die nach einem vorgehenden Post feststellte, daß es sich um den 80 Jahre alten Rührer Andreas Curgio aus der Knytelstr. 28 in Berlin handelt. Es dürfte Selbstmord vorliegen.

Auf Uferland an der Falkenhagener Chaussee bei Spandau wurde gestern der 66jährige Rentner Max Beyold aus der Sudauer Str. 12 in Berlin tot aufgefunden. Es besteht der Verdacht, daß der Greis hilflos zusammengelassen und in der Nachterfröhen ist. Die Leiche ist zur Obduktion beschlagnahmt und nach der Spandauer Halle gebracht worden.

Auf der Straße nach Hohenschwangu (Barnen) raste ein mit fünf Fahrgästen besetzter Kraftwagen gegen einen Baum und stürzte darauf in eine Kiesgrube. Der Führer des Kraftwagens, den die Schuld an dem Unfall trifft, da er auf der vereisten Straße mit zu hoher Geschwindigkeit fuhr, wurde verletzt. Von den Insassen zogen sich die Lehrersfrau Hedwig Lehmann und die Kunstmalergattin Diga Görke, beide aus Berlin, Verletzungen und leichte Quetschungen zu.

Die Motorspritze der Freiwilligen Feuerwehr in Stockach in Baden geriet vormittags auf dem Wege zu einer Brandstätte in Rühlingsen infolge Glätte ins Gleiten und stürzte in einen Bach. Ein Mitglied der Wehr, der Friseur Hepp, wurde auf der Stelle getötet; fünf Feuerwehrleute mußten mit Arm- und Beinbrüchen und inneren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Bekanntmachung

Am Freitag, den 30. Dezember

Am Sonnabend, den 31. Dezember

bringen wir in unserem Totalausverkauf neue, aufsehenerregende Preise. Einige Beispiele: Wollplüsch-Teppiche, ca 2x3 Meter statt 46.— jetzt **24^{mk}** Tournay-Brücken, Markenfabrikate, ca 90x180, mit Franse statt 26⁵⁰ jetzt **11⁵⁰** Läuferstoffe, Markenfabrikat, ca 70 cm breit statt 4.⁸⁰ jetzt **1⁶⁵** Dekorationsstoffe, ca 130 cm breit, statt 6.⁹⁰ jetzt **1⁹⁵** Bettvorleger, erstes Markenfabrikat jetzt **1⁷⁵** Gardinen-Stores per Meter jetzt **85^{pf}** Schlafdecken jetzt **58^{pf}**

OTAG
LEIPZIGER STR. ECKE MARKGRAFENSTRASSE

Mit aufgepflanztem Zollbajonett

Die neuen Einfuhrbestimmungen und die gekündigten Handelsverträge

Die neueste Agrarhilfe hat bereits mit Einfuhrkontingentierung für Schmalz und Schleifholz eingeleitet. Ueber den schweren Anschlag, den die Begrenzung der Schmalzeinfuhr für die nächsten sieben Wochen, die danach einsetzende Zollerhöhung in Verbindung mit den anderen Maßnahmen der Fettverzeigerung für die Volksernährung bedeutet, ist schon in anderem Zusammenhang das Nötige gesagt worden. Aber auch handelspolitisch sind diese Maßnahmen

leider durchaus nicht so harmlos,

wie es die schlechterste Presse darstellt. Die Einfuhr an Papierholz betrug im laufenden Jahre trotz starken Rückgangs noch immer rund 25 Millionen Mark; Haupteinfuhrländer sind die Oststaaten und die Tschechoslowakei. Für die Papierholzeinfuhr ist in Zukunft ein hochnotpeinliches Bewilligungsverfahren erforderlich. Die Bearbeiter müssen für jeden Rohstoffbezug aus dem Ausland den Nachweis bringen, daß dieser zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes erforderlich ist. Dieses umständliche Lizenzverfahren wird selbstverständlich weitere Bezüge aus den großen Holzländern stark erschweren und möglicherweise die Rückstimmung der betroffenen ausländischen Staaten verstärken.

Von der diesjährigen Schmalzeinfuhr in Höhe von 2 1/2 Millionen Zentner kommen etwa zwei Drittel auf die Vereinigten Staaten, der Rest vornehmlich aus Dänemark rund 450 000 Zentner und aus Holland 100 000 Zentner.

Die rigorose Kontingentierung der Schmalzeinfuhr und die Erhöhung der Schmalzölle wird naturgemäß in diesen beiden Ländern erneut als gegen ihre Interessen gerichtet empfunden werden. Da ohnehin bereits die so wertvollen deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Holland und Dänemark, den beiden reichsten europäischen Agrarländern, durch die rückstimmende Abschließungspolitik der Lebensmitteleinfuhren sehr getrübt sind, kann durch diese und die beabsichtigten weiteren Maßnahmen

den Bspottpatroten neue Nahrung gegeben werden.

Denn das alles ist ja erst der Auftakt. Es sind ja selber noch weitere Zollerhöhungen und sonstige Einfuhrbeschränkungen zu befürchten.

Die wichtigsten Handelsverträge sollen in den nächsten Wochen „erneuert“ werden. Ende des Jahres läuft das deutsch-niederländische Handelsabkommen, am 15. Februar der handelspolitisch bedeutsame deutsch-schwedische Handelsvertrag, am 15. März das Handelsabkommen mit Jugoslawien ab.

Nachdem der Papen-Streich der allgemeinen Agrarkontingente schließlich scheiterte und schon die Ankündigung dieser Pläne und die wenig ruhmvolle Rundreise der Tomatenkommission der deutschen Wirtschaft und der deutschen Ausfuhrindustrie schwersten Schaden zufügte, soll jetzt das Autarkieziel des Landbundes auf dem Wege der Zollerhöhungen anlässlich der Vertragserneuerung erreicht werden.

In dem deutsch-niederländischen Handelsabkommen sind für die wichtigsten Nahrungsgewächse und Gartenbauzeugnisse — Tomaten, Frühgemüse, Frühkartoffeln usw. — die Zollsätze vertraglich festgelegt, im deutsch-

schwedischen Handelsverträge die vertraglichen Zollbindungen für Bieh, Fleisch, Fleischwaren usw., im Vertrag mit Jugoslawien für Federvieh, Eier, getrocknete Pflanzen u. a. m.

Die Absicht der Reichsregierung geht nun offenbar dahin, auch noch die geringen und vielfach für die Verlogung der Bevölkerung unentbehrlichen ausländischen Zuzugimporte durch Zollaufstufungen unmöglich zu machen oder wenigstens wesentlich weiter künstlich abzurosseln. Der Reichswirtschaftsminister Warmbold hat vor der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft eine kammende Rede gegen die deutsche Volkswirtschaft vernichtenden Autarkiebestrebungen gehalten. Der Reichsanwalt hat freilich versichert, daß er von Wirtschaftsfachverständigen nicht allzuviel hält, und auch die Reichsde der Aussprache der Ressortminister unter vier Augen scheint nach allem, was bisher geschehen und was angekündigt ist, für die Interessen der Gesamtwirtschaft wenig fruchtbar.

Uafer Reichsanwaltsgeneral hat zwar eingeleitet, daß man auf den Bajonetten allein keine Macht halten und keine Regierung führen kann, er hat uns ferner versichert, daß er nicht beabsichtigt, in der Außenpolitik mit Militärteilen aufzutreten. Nun, um in der heute so gangbaren militärischen Ausdrucksweise zu verbleiben,

mit aufgepflanzten Zoll- und Kontingentbajonetten

kann man vielleicht eine Weile die ohnehin bereits

Ausverkauf bei Flick

Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke A.-G., der große westdeutsche Elektrizität, hat aus dem Besitz der Charlottenhütte, das heißt also von Friedrich Flick, ein riesiges Aktienpaket erworben. Es handelt sich um nominell 21 Millionen Aktien der Rheinischen A.-G. für Braunkohlen-Bergbau und Zementfabrikation in Köln, die bekanntlich unter dem entscheidenden Einfluß von Dr. Paul Silberberg steht. Der Aktienwerb ist mit der Zustimmung der Rheinischen Braunkohlengesellschaft, also auch Paul Silberbergs, erfolgt. Dieser bestand schon die enge Verbindung zwischen RWG und der Rheinischen Braunkohlengesellschaft, besonders durch Großabnahme von Braunkohle und Stromerzeugung am Fundort durch das RWG.

Man wird kaum anzunehmen brauchen, daß das RWG große eigene Vorräte für diese bedeutende Transaktion aufzubringen hatte; es dürfte vielmehr wohl so sein, daß der hochverschuldete Friedrich Flick das wahrscheinlich verpfändete Aktienpaket dem RWG gegen Übernahme der darauf liegenden Verpflichtungen und eine entsprechende Differenzzahlung überlassen hat.

Die Konsumvereine im November

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine meldet für 151 vergleichbare Genossenschaftsposten einen Monatsumsatz im November von 43,50 gegen 46,54 Millionen Mark im Oktober. Der Umsatz je Mitglied ist von

22,12 auf 31,74 M. zurückgegangen, was dem niedrigsten Stande für das Jahr 1932 entspricht. Der November hatte einen Kolendertag weniger als der Oktober, außerdem dürften die Mitglieder im November mit Rücksicht auf notwendige Einkäufe zu Weihnachten ihren Umsatz etwas beschränkt haben.

Umbau in der Girozentrale

In der Zeitung des Deutschen Spartakus- und Giroverbandes sowie der Deutschen Girozentrale treten im neuen Jahre Personalveränderungen ein. Stadtrat Jursch, der seit 1918 Geschäftsführer der Girozentrale war, tritt nach Erreichung der Altersgrenze Ende dieses

Reichsbahnjahresbericht

Jahres, Direktor Cremer, der seit 1924 die Abteilung für Spartakusreisen leitete, tritt mit dem 1. April nächsten Jahres in den Ruhestand. Die beiden Geschäftsführerposten werden zur Funktion eines stellvertretenden Präsidenten vereinigt, die mit dem Oberbürgermeister a. D. Dr. Bugelemer, bisher Präsident des Bodischen Spartakus- und Giroverbandes, besetzt wird.

Reichsbahnjahresbericht

Die Verkehrs-schrumpfung in der Krise

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft veröffentlicht jetzt ihren vorläufigen Jahresbericht für 1932. Wirtschaft und Verkehr wurden in diesem dritten und härtesten Krisenjahr auf den Stand von 1890 bis 1900 zurückgeworfen. Der Rückgang der Einnahmen setzte sich in verstärktem Tempo fort; andererseits drückten aber neue Lohn- und Gehaltsabbau, sowie Preisentfaltungen die Ausgaben der Reichsbahn ganz erheblich herunter. Seit dem letzten Konjunkturjahr 1929 entwickelten sich die Einnahmen wie folgt:

1929	5 351 Millionen Mark
1930	4 551 ..
1931	3 855 ..
1932	etwa 2 850 ..

Die Einnahmen haben sich also in den letzten vier Jahren um rund 47 Proz. gelöst. Die Ausgaben der Betriebabrechnung gingen in der gleichen Zeit von 4500 auf 3000 Millionen Mark, also um 33 Proz. zurück. Welche Anteilnehmer hierbei den Arbeitern und Beamten zugemutet wurden, zeigt die Dröselung der Personalausgaben um 820 Millionen Mark seit dem Jahre 1929. Das bedeutet, daß die Kaufkraft der Eisenbahner, von denen im Verlauf der Krise über 100 000 Mann entlassen wurden, im Gesamtdurchschnitt um ein Drittel ihres Einkommens seit 1929 genommen wurde.

Verlustabschluss bei Wälinger. Die Wälinger A.-G. Berlin veröffentlicht jetzt erheblich verspätet ihren Jahresabschluss für 1931. Bei auffallend hoher Steigerung der Zinsbelastung von 400 000 auf 830 000 M. wird ein Verlust von etwas mehr als 782 000 M. ausgewiesen. Der Verlust wird aus Reserven gedeckt. Bei der Bereinigung der Wirtschaftskrisis in dem jetzt abgelaufenen Jahr wird man für 1932 mit einem neuen Verlustabschluss bei Wälinger zu rechnen haben.

Eine Geschäftsbelegung meldet die Robert Koch A.-G. in Stuttgart, die bekanntlich in erster Linie Autogehölz herstellt.

Bauernfreundliche Politik?

Auch Schleicher opfert die Bauerninteressen den Junkern

Die Berechnung über den Butterbeimischungszwang wurde von der Reichsregierung mit der Notwendigkeit begründet, den Bauern und Viehhältern höhere Preise für ihre Erzeugnisse zu verschaffen. Zwar haben sich die ostpreussischen Bauern bestens für dieses Geschenk bedankt und auch der bayerische Bauernführer Hehr ist ein ausgesprochenen Gegner des Butterbeimischungszwanges.

Zur Groleske wird diese angeblich bauernfreundliche Haltung der Reichsregierung aber durch die am gleichen Tage verkündete Einbeziehung von Reis und Reiszuttermitteln in das Maismonopol.

Das Maismonopol wurde seinerzeit errichtet zur Regulierung der Futtergetreidepreise. Jetzt dient es lediglich dazu, die Getreidepreise künstlich hochzuhalten. Den Schaden von dieser übertriebenen Getreidehochpreispolitik haben aber die Bauern und die vielen Geflügelhalter zu tragen, die auf Zukauf von Getreidefuttermitteln angewiesen sind. Da wegen der gesunkenen Kaufkraft der Konsumenten eine Erhöhung der Preise für die Veredelungserzeugnisse nicht möglich ist, bedeutet jede Verteuerung des Futters eine Verschlechterung der Rentabilität der bäuerlichen Landwirtschaft.

Nachdem nun das Maismonopol den Mais derart verteuert hat, daß die Maisverfälscherung sehr stark verringert werden mußte, haben sich die auf Zukauf von Getreidefuttermitteln angewiesenen Landwirte nach Ersatzstoffen umgesehen, um bei den niedrigen Preisen für

Veredelungserzeugnisse einigermaßen auf ihre Rechnung zu kommen. So wurden in den letzten beiden Jahren in stärkerem Maße als bisher Reiszuttermittel, unpolierter Reis und andere Getreidearten wie z. B. Mannagröße in stärkerem Maße als Futtermittel verwendet. Die Einfuhr dieser Futtermittel rief aber sofort den Protest der Brotagrarier hervor, die ein Verbot der Einfuhr forderten.

Herr van Schleicher hat sich diesen Forderungen jetzt gefügt, es wurde eine Berechnung erlassen, nach der die Einfuhr von Reis und Reiszuttermitteln sowie von einigen anderen unwichtigeren Getreidearten dem Maismonopol unterstellt wird.

Das Maismonopol erhebt jetzt nach einem Beschluß seines Verwaltungsrats bei der Abgabe dieser Futtermittel einen Zuschlag von 85 bis 110 M. dadurch

die Preise für unpolierten Reis von 100 auf 185 M. und von Reiszuttermittel von 70 auf 180 M. je Tonne erhöht werden! Das bedeutet eine völlige Einfuhrsperrung für die nicht unwichtigen Futtermittel und eine beträchtliche Erhöhung der Produktionskosten für die veredelnde (!) Landwirtschaft.

Es ist also eine absolute Irreführung, daß die Regierung sich rühmt, eine bauernfreundliche Politik zu treiben. Wenn sie auf der einen Seite einen Butterbeimischungszwang verhängt, der der Landwirtschaft nichts nützt, auf der anderen Seite wichtige Futtermittel verteuert.



KONSUM

GENOSSENSCHAFT BERLIN U. UMGEGEND E. G. M. B. H.

Plannkuchen	12 Stück gefüllt 80 Pf.
	12 Stück ungefüllt 75 Pf.
Weizenauszugmehl Pfund 26 und 19 Pf.	
Mohn ganz oder gemahl. 60 Pf.	Mohn ganz oder gemahl. 58 Pf.
Mohn weiß Pf. 60	Mohn blau Pf. 58
Landleberwurst 1/4 Pfd. 19 Pf.	Kochschinken o. Schwarte 1/4 Pfd. 33 Pf.
Berliner Mettwurst 1/4 Pfd. 25 Pf.	Rollschinken o. Schwarte 1/4 Pfd. 37 Pf.
Vollreis Pfd. an 16 Pf.	GEG-Blutwurst Thür., Pfd.-Dose 55 Pf.
Bruchreis (für Suppen) Pfd. an 12 Pf.	GEG-Leberwurst fein, Pfd.-Dose 50 Pf.
Tafelwasser hergestellt mit echter Windsheimer Sole in eigener Mineralwasserfabrik, Flasche 13 Pf.	
Rotweine (mit Glas) Spirituosen (mit Glas)	
1929^{er} Ingelheimer 1/2 Fl. 1.00	Weinbrandverschnitt 1/2 Fl. 1.80
1930^{er} Dürkheimer 1/2 Fl. 1.10	Rumverschnitt 38 Proz. 1/2 Fl. 1.80
1929^{er} ABmannshäuser 1/2 Fl. 2.60	Rumverschnitt 42 Proz. 1/2 Fl. 2.20
Dose 1 Lt. - 1/2 Lt. ohne Kopf a. Eingew.	
GEG-Bratheringe 80 Pf. 50 Pf.	Deutsche Fettheringe 5 Pf.
GEG-Beringe in Gelee 85 Pf. 53 Pf.	Deutsche Vollheringe ^{5 Stück} 12 u. 10 Pf.
GEG-Bismarckheringe 85 Pf. 53 Pf.	Isländ. Matjesheringe ^{5 Stück} 9 Pf.
GEG-Rollmöpfe 85 Pf. 53 Pf.	ca. 650 Gramm schwer
GEG-Marin. Beringe ^{in Milchsaße} ^{1/2 Liter Dose} 1.-	

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

151

Aber Berger vergaß nicht. Und er suchte leidenschaftlich nach einem Menschen, der mit ihm einig wäre. Den Bankkassierer Rognos konnte er leider nicht. Lüdersen kannte ihn, aber der zog es vor, den andern auf seine Existenz nicht aufmerksam zu machen. Es war ihm ohnehin ein Vergnügen, daß Rognos, abgesehen von dieser Schrulle, ein durchaus sympathischer Mensch war.

Nie kam es Berger in den Sinn, den Menschen seine Unzufriedenheit und seine wehe, verbitterte Empörung in die Ohren zu tuten. Auch schimpfte er nie auf sie. Er bedauerte sie im Gegenteil um ihrer grenzenlosen und unheilbaren Dummheit willen. Aber die Demütigung, die diese blinde Einseitigkeit ihm zugefügt hatte, die haßte er aus tiefster Seele. Die Tage seiner Erniedrigung hatten ihn gezeichnet, und es sah ihm hoffnungslos, sich je von der Schande reinzuwaschen.

Das empörte ihn am tiefsten. Daß man auf ihn herabsah. Daß man ihn für einen Verbrecher gehalten hatte.

In der ersten ohnmächtigen Hilflosigkeit — nachdem er seine Lage erkannt hatte — dachte er: Jemandem muß mich doch verstehen? Alle können doch nicht so unvernünftig verstockt sein?

Wie eine Erlösung kam ihm da der Gedanke an seine Mutter. Zu ihr wollte er gehen und sehen, wie sie darüber dachte. Und er führte an einem der ersten Tage nach Quisthus' Beerdigung seinen Vorschlag aus.

Die alte Frau Berger war schon zwanzig Jahre Witwe. Sie hatte nur den einen Sohn und eine Tochter, wohnte aber, da beide verheiratet waren, allein. Die langen Jahre der Einsamkeit mit einem nicht sehr reichlichen Auskommen hatten ihr einen ruhigen, zurückhaltenden Ernst verliehen. Sie war vor kurzem sechzig geworden, war zartgliedrig und klein von Statur.

An dem Abend als Berger zu ihr kam, sah sie und las. Sie hatte die Brille in der Hand, als sie ihm die Tür aufmachte. Es war schon neun Uhr und als sie sah, wer da kam, nahm ihr Gesicht einen verwundert fragenden Ausdruck an. Sie lächelte ganz leicht und ein wenig müde. Vielleicht war ihr Nerven etwas müder als sonst. Er sah sie forschend an, einen Augenblick lang.

„Guten Abend, Mutter. Ich bin lange nicht bei dir gewesen, nicht wahr?“

„Ach, mein Junge —“ Sie sagte dies, als ob es ja nur natürlich wäre, daß er nicht mehr so häufig käme. Und während er sein Leberzeug abnahm, stand sie wartend bei ihm. Dann ließ sie ihn vor sich ins Zimmer treten.

„Sieh dich doch.“

„Danke schön, Mutter.“
Aber er blieb erst noch stehen und wieder hatte er das Gefühl wie schon so manchmal, daß sie jetzt, wo er selbst verheiratet war und ein Kind hatte, schwerer zueinander kamen. Es machte ihn leicht etwas unfrei. Er fürchtete zu verletzen oder nicht lieb genug zu sein. Das hatte er schon öfter empfunden. Fast jedesmal, wenn er von ihr ging, war es, als ob sie, ohne es zu wollen, beide nicht die Ausdringung gefunden hätten für die Wärme, die doch in ihnen war.

Als er sich gesetzt hatte, sah er knabenhaft schüchtern zu ihr hinüber. „Wie geht's dir denn, Mutter?“

Wie sie da stand, sah er eine flüchtige Müdigkeit über ihr Gesicht gleiten, die aber gleich wieder verschwand.

„Danke“, sagte sie. „Ich bin gottlob gesund.“

Es entstand eine Pause. Berger wußte nichts zu sagen und da die Mutter auch stumm blieb, griff er nach einem Notausweg. „Hast du kürzlich von Inga gehört?“

„Ja —“ legten Sonnabend kam ein Brief von ihr.“

„Und es steht gut dort?“

„Ja, mit allen vieren. — Wächstest du den Brief lesen?“

„Gern.“ Er ergriff es mit Begierde. Und während die Mutter den Brief hervorholte, pfiff er leise vor sich hin. Als sie damit kam, stand er auf und nahm ihn ab. Er öffnete ihn langsam im Stehen. Dann legte er den Briefumschlag auf den Tisch und setzte sich zum Lesen auf einen anderen Stuhl. Es war, als läge ihm viel daran, möglichst in Bewegung zu bleiben, damit sie nicht plötzlich mal so dahinfahre.

Der Brief war glücklicherweise am Tage des Ueberfalls geschrieben, war also ganz frei von Bemerkungen. Der Ton war lieb und

nett und es stand auch ein Gruß an ihn drin. Das alles machte ihn zutraulicher. „Es scheint doch alles recht nett dort zu stehen“, sagte er. „Findest du nicht?“

Die Mutter nickte. „Ja“, sagte sie. „Bei den en steht's gut.“

Der fast unhörbare Nachdruck auf das Wort **d e n e n** machte ihn stutzig. Er sah verstohlen zu ihr hinüber, indem er das Briefblatt zusammenfaltete. Sie hatte ihr Buch vom Tisch genommen und trug es noch dem Bücherbord. Er wartete, bis sie damit fertig war, steckte dann den Brief in den Umschlag und gab ihn ihr zurück. „Vielen Dank“, sagte er.

Die Mutter nahm ihn schweigend. Dann fragte sie: „Hast du schon gegessen?“

„Danke, ja.“

Landstörzer:

Hassan hatte Hunger!

Als Hassan gerade überlegte, bei welchem reichen Effendi er die Nacht vorsprechen wollte, um ihn um einige Hühnerchen oder einen Sad Reis leichter zu machen (die hungrigen Mäuler seiner Kinder hörten nicht auf, vor Hunger zu brüllen), schlug ihm jemand auf die Schulter.

„Schläfst du —? An der Keesde gibt es ein paar Pfaster zu verdienen!“

Der Freund raste mit Windeseile wieder davon. Hassan heftete sich an seine Ferkeln und schürzte im Lauf den langen schlängeligen Bummel hoch. Sie stürmten durch die dunklen vermaulenen Straßen zum Hafen. Sprangen in Jussuffs Boot. Legten sich mit aller Kraft in die Riemen.

Aus dem schwarzen glatten Wasser wuchsen hohe steile Klöße. Ihre schwachen Lichter wiesen ihnen den Weg. „Dort hinten —“ stieß Jussuff hervor und warf den Kopf zurück. Ja dort hinten an der Keesde vor den gewaltigen schwarzen Kohlenbergen stand auch so ein Klößchen. Riesenlampen beleuchteten seine Umgebung. Und daneben — hunderte Menschen, klein wie Ameisen, trabbelten um den Riesenleib.

„Wir kommen zu spät“, stöhnte Jussuff.

Die Riemen trachten. Alle Knochen schmerzten. Hassan hatte den ganzen Tag nichts gegessen. In seiner Bauchhöhle rumorte es. Der Schädel schmerzte. Aber die zöhen braunen Arme drückten die Riemen, daß das Boot pfeilschnell über die Flut peilte. Sie umrüderten den schwarzen Riesen. Sprangen auf die Keesde. Banden ihr Boot fest.

„Ein paar Mann werden noch gebraucht!“ trachte der Aufseher gerade. Jussuff und Hassan sprangen leuchtend in den Menschenhaufen. Bekamen einen Korb in die Hände gedrückt. Warteten mit den anderen einen Augenblick. Der Riese höhnte dumpf. Schwarzer Rauch troch aus den gewaltigen Schloten. Unter Gebrüll wurden die schmalen Laufbretter an ihn geklammert. Der Weg zu den Bunkerfahrlüben freigelegt. Dann begann die Arbeit.

Hundert Araber warfen noch und noch einen gefüllten Kohlenkorb auf die nackten Schultern. Trachten Mann für Mann über die schmale Laufplanke. Stichen sich. Krachten. Rannten oben über die Backbordseite, kippten ihren Korb in den Bunkerfahrlüben und rannten über die andere Laufplanke wieder vom Schiff. Bekamen eine Blechnummer. Schleppten einen anderen Korb hinauf. Der Riese war unerfüllt. Die schwarzen Kohlenberge auf der Keesde von Fort Said sind kleine Gebirge. Hundert hungrige Araber sind nicht viel. Ihre Leiber glänzen vor Schweiß. Ihre nackten Füße klackten auf die Planken. Am Bunkerfahrlüben stand ein weißer Aufseher. Fluchte. Rüdte sich den Tropenhelm zurecht. Die Schloten qualmten. Das schwarze Wasser gluckte dumpf.

Hassan raste hinter Jussuff her. Der Kohlenkorb drückte in seine nackte Schulter. Hinauf, hinunter — ein vierfel Pfaster. Hinauf, hinunter — ein halber Pfaster. Ein Pfaster, zwei Pfaster — Brot, Reis, Zuckerrohr. Er schwitzte. Der Schädel droht zu zerplatzen. Hinauf, hinunter, — drei Pfaster. Jussuff war in seinem Lauf unerfüllt. Hinauf, hinunter —

„Weal zawar bachuru acht —
tolu etazzman chnobachurim —“

langen die Kameraden Sangen es beim Schleppen. Beim Rennen. Die Planke war noch vom Schweiß. Der Riese stand unbeweglich. Sein Bunker war erst halb voll.

„Kann ich dir nicht irgendwas vorzeigen? Ich glaube, das ist noch etwas Obst —“

Aber er dankte eifrig. „Nein, nein, Mutter. Sieh dich lieber zu mir und plaudere ein wenig mit mir. Hast du nichts Neues zu erzählen?“

Die Mutter setzte sich und es kam ihm in seiner nervösen Angst vor, als sei ihr ruhiges kluges Auge forschend auf ihn gerichtet. Aber sie sagte nur: „Nicht daß ich wüßte — bei mir passiert so wenig.“

Da nahm er seinen ganzen Mut zusammen und suchte sich dem schwierigen Punkt zu nähern. „Ja“, sagte er mit erzwungener Leichtigkeit, „anderswo passiert scheint's mehr.“

Sie sahen einander an. Und sahen wieder weg. Und eine kleine Pause entstand.

Dann fragte die Mutter: „Und wie ist es mit dir?“

„Ach“, sagte er, „du weißt ja —“ und er sah sie prüfend an.

Sie nickte und erwiderte seinen Blick. „Ja“, sagte sie.

Er fand mit einem Male, daß ihr Gesicht einen so enttäuschten Ausdruck hatte. Und da hielt er es nicht mehr aus. Er mußte wissen, sicher wissen, wo sie stand. „Mutter“, fragte er, „bist du enttäuscht von mir?“ Die heiße Angst eines Knaben lag in der Frage. Und sie nahm sich Bedenkzeit, ehe sie antwortete, und auch dann noch war ihre Antwort ausweichend: „Wiefo denn enttäuscht?“ fragte sie.

„Findest du, ich habe mich feige bekommen?“

Da sah sie ihn ruhig und fragend an. „Du hast wohl getan, was du für das Richtige hieltest.“

Das heftige Bedürfnis, diesen Vorbehalt zu brechen, machte ihn eifriger. „Ja, Mutter. Aber andere meinen eben nicht, daß es richtig war. Sie denken, ich hätte ganz einfach Angst gehabt. Aber das ist nicht wahr, Mutter. Ich dachte nur, das Leben sei mehr wert.“

Ein milderer Ausdruck kam in das Gesicht der Mutter. „Also daran dachtest du?“

„Ja, Mutter. Daß man um so wenig nicht zu sterben brauche, dachte ich. Aber vielleicht findest du das nicht?“

Sie sah ihn mit einem Anflug von Ungläubigkeit an. „Sterben? — Du glaubst also, er hätte geschossen?“

„Ja“, antwortete er, „bestimmt. Er sah so aus. Und da fand ich, ich sollte nicht — aber du findest es vielleicht —?“

Die Frage kam so hilflos heraus und machte auch die Mutter hilflos. „Ach, ich“, sagte sie. „Ich bin bloß eine alte Frau. Ich verstehe davon nichts.“

„Aber du hast es von den andern gehört?“

Das Gesicht der Mutter sah jetzt plötzlich wieder müde und vergrämt aus. „Ja“, gab sie zu. „Aber die andern sagen ja soviel. Du weißt doch, wie die Leute sind.“

(Fortsetzung folgt.)

„Los, los!“
Der volle Korb entfiel seinen Händen. Krachte auf die Planke. Klachte ins Wasser. Hassan griff sich an den Kopf. Undurchdringliche Finsternis umgab ihn. Stöhnend sank er in die Tiefe —

„Ah — —!“
Aber keiner wußte, wie er helfen sollte. Die Körbe drückten. Die schmale Planke war mit den drängenden Menschen besetzt. Nach einer Minute sprang einer von der Keesde ins Meer.

Es war Jussuff. Kam aus Land. Hielt einen leeren Korb in den Händen.

„Weiter, weiter!“ kreischte der Aufseher. Die Schloten qualmten drohend.

Die Bunker waren erst dreiviertel gefüllt.

Erna Büfing: Ali fährt heim

Das Haus, in dem Ali wohnte, gehörte zu diesen grauen Rietstajernen, deren Schicksal es von vornherein zu sein scheint, unpersönliches leidvolles Alltagsleben zu beherbergen.

In dieser Zeit der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit hatte sich die Not in jede Wohnung eingemischt. Sie hatte die Menschen eng zusammengepresst, ohne sie feilsch einander näherzubringen. Viel Mißgunst stand zwischen ihnen und alle Augenblicke kam die Reizbarkeit auf.

Dennoch beneidete niemand ihn, den stellunglosen arabischen Christen. Einst war er ein guter Untermann gewesen, bis ein Fußknöchelbruch ihn jählings aus seinem Beruf warf. Noch heute, wenn er an seinen Unfall denkt, hört er ein leises Knarren in den Gelenken. Damals, gleich nach dem Unfall, kam das Viegen im Krankenhaus, kamen die Besuche und die zahlreichen Kartengrüße mit aufrichtig gemeinten Wünschen zur baldigen Genesung. Und dann kam die Genesung und sein altes häusliches Haushalten mit dem kleinen ersparten Vermögen, das trotz aller Sparsamkeit so erschreckend schnell zusammenschmolz.

Ein besreundeter Truppenchef versuchte, den Berufslücken in seine Truppe einzureihen. Doch hielt er als Untermann nicht mehr. Es war ihm nicht, als ob er keine Kollegen auf den Schultern trüge, ihr Gewicht ruhte allein auf seinem einen schwachen Fußknöchel. Er zitterte und das Zittern pflanzte sich fort bis in die Spitze der Menschenpyramide. Da versuchte er es als Obermann. Er war reichlich schwer, der Untermann biß die Zähne zusammen und gab seine letzte Kraft her, aber der schwache Fuß machte wiederum zu schaffen. Er konnte ebensomenig vier Mann hoch stehen wie er einen Menschen auf seinen Schultern zu tragen vermochte, er stand weder sicher, noch konnte er abpringen aus der Höhe.

Da er nicht als Ballast mitgeschleppt werden wollte, ging er von der Truppe. Da war ja die große Stadt, in der so viele lebten. Auch ihn würde sie ernähren. Der zurückgebliebene Araber hoffete durch Berlin und bot seine Dienste mühsam ausfindig gemachten Landsleuten an. Er lief mit einer Aktenmappe voll Schallplatten in die Wohnungen von Menschen, die sich für den Orient interessierten, und konnte durchschnittlich alle vierzehn Tage eine Platte verkaufen. Er handelte mit Zigarettens und schrie sich einmal auf einem Nummernplatz vertretungsweise heißer. Doch verfielen die Einnahmequellen immer mehr.

Dst sah er tatenlos in seinem malmig-kalten Zimmer und starrte in den mit üblen Gerüchen angefüllten Hof, der einem Lichtschacht glich. Der Araber wollte arbeiten, aber niemand wollte ihn haben. Warum auch gerade ihn, den halben

Krüppel, da doch alle Menschen in diesem großen Glendshaus die Kräfte in Arbeitslosigkeit verzehrten!

Ein Glend in einer Reihe sein, ist schön. Das wußte er von der Truppe her, da er als Untermann arbeitete. Aber nichts sein, ist furchtbar. Diese Menschen um ihn, die waren nichts, waren eine namenlose graue Masse. Da sie nicht durch erkannte Interessenbände zusammengehalten ward, gleich sie zerriebenem Staub, dem es nicht einmal möglich ist, unangenehm auf den Fußpfad der alles niedertretenden Großen zu rieseln.

Der Araber kroch in sich zurück und wartete auf den Ruf aus seiner Welt. Und eines Tages kam diese Stimme zu ihm. In der Arzitzenschrift „Das Programm“ fand er folgendes Inserat: „Liebe Kollegen, hierdurch gebe ich bekannt, daß ich spätestens am . . . mit meiner Truppe wieder nach der Heimat fahre. Jeder arabische Christ von Spanisch- oder Französisch-Marokko, der wünscht, nach Hause zu fahren, aber das Reisegeld nicht hat, soll sich spätestens bis . . . bei mir melden. Ich zahle gern die Reise ab Berlin nach der Heimat. Meine Adresse . . .“

Der Araber ging zu dem Inserenten. Durchaus nicht hastig. Rein, in voller Selbstverständlichkeit und orientalischer Gelassenheit: er war jetzt eben der Mensch, dem der andere Gutes tun konnte. Er bekam die Schiffskarte und konnte für die Heimfahrt rüsten — zum Erstaunen der Wüstenbewohner dieses Glendshaus, die den Glauben an menschliche Güte längst verloren hatten.

Roda Roda: Schürünke vom Balkan

Die folgende kleine Geschichte entstammt dem neuen Band der „Erzählungen“ des Meun Pantecote.

Die Balkanmeinung.

Bajo Bokotowitsch, Brigadier, war auf einer Dienstreise nach Salina gekommen; rief den Müller dort zu sich und sprach:

„Sei aufrichtig! Wie denkt man hier über die Regierung?“

„Das, Herr Brigadier, wage ich nicht zu sagen.“

„Fürchte dich nicht und sprich offen!“

Darauf der Müller:

„Gut, Herr Brigadier, so sage ich dir offen: Laß irgendeinen von uns Bürgern verhaften und jesseln, tu ihn in einen Sad und setz dich auf ihn; lade einen andern Bürger zu Tisch und isß mit ihm und trink Wein; so werden beide haargenau dasselbe von euch Regierenden denken — der Mann am Tisch und der Mann im Sad.“

Lebende
Spiegelkarpfen
Pfd. von **0,65**

HERMANN

Großer **LEBENSMITTEL** Verkauf

Silvester-
Pfannkuchen
mit verschiedenen Füllungen
Dtz. von **0,60**
Feinste Ananas-Pfannkuchen 1 Dtz. 0,95

Mengenabgabe vorbehalten - Verkauf soweit Vorrat - Preise nur Freitag und Sonnabend - Lebensmittelzusendungen von M. 5,00 an

Fische

Kablau gr. o. K. Pfd. 0,14
Schellfisch l. g. m. K. Pfd. 0,18
Seelachs gr. o. K. Pfd. 0,12
Rotbars Pfd. 0,16
Kablaufilet Pfd. 0,22
Grüne Heringe 10 Stk. Pfd. 0,35
Fetherige 10 Stk. Pfd. 0,38
Riesensardellen 10 Stk. Pfd. 0,15
Riesenfetherige 10 Stk. Pfd. 0,25

Frisches Fleisch

Suppenfleisch Pfd. 0,48
Rouladen Pfd. 0,84
Schweineb. o. B. Pfd. 0,68
Schweinekamm oder -Schuff. o. B. Pfd. 0,74
Rückenfilet bratfertig Pfd. 0,58
Kassler mild Pfd. v. 0,68
Schw.-Köpfe m. B. Pfd. 0,44
Kalbsbrust u. -eck. Pfd. v. 0,54
Kalbskamm o. B. Pfd. v. 0,44
Kalbskotelett Pfd. v. 0,94
Kalbsschnitzel Pfd. v. 1,28
Hammelvorderfl. Pfd. v. 0,52
Schweinenieren Pfd. 0,54
Rinderherzen Pfd. 0,44
Rinderbacken Pfd. 0,34
Euter Pfd. 0,18

Konfitüre Liter ca. 2 Pfd.
Aprikose, Johannisbeere 0,98
Erdbeere, Himbeere, Kirsche 0,98
Preiselbeerkompott 0,95

Schmorfleisch Pfd. **0,74**

Delikatessen

Japankrebse 1/2 Dtz. 2,20 1/2 Dtz. 1,15
Hummer 1/2 Dtz. 2,48 1/2 Dtz. 2 05
Gabelbissen Da. 0,68, 0,50
Fetheringe l. sm. 1 Dtz. 0,65
Leckerbissen Bbg. Da. 0,65
Appetitläd. Da. 0,88, 0,50
Sardellen Pfd. 0,88
Oelsardinen 4 Part. Da. 0,68
Fischmarinaden 1/2 Ltr.-Da. 0,38, 1 Ltr.-Da. 0,25
Rollmops in Remoulade, Dose 0,88, 0,65
Lachs in Stücken Pfd. 1,20
Bücklinge Pfd. von 0,28

Italienischer Salat, Heringsalat od. Mayonnaise Pfd. 0,58

Wild u. Geflügel

Hühner frisch Pfd. von 0,65
Enten frisch Pfd. von 0,80
Puten frisch Pfd. von 0,78
Hasen gestreift und u. ausgeworfen Pfd. von 0,68
Kaninchen gestreift u. ausgeworfen Pfd. von 0,63
Rehblätter Pfd. 0,78
Hirschblätter Pfd. von 0,58
Hirschrücken Pfd. 0,64

Schweineschinken mit Bein Pfd. 0,74

Alleinverkauf

russ. gefrorener Gänse Pfd. von **0,66**

Oderbrucher Mastgänse Pfd. v. **0,78**

Weine und Spirituosen

Preise ohne Flasche 1/2 Fl. 10 Fl.
1931er Edenkobener 0,95 8,00
1931er Dürkheim-Feuerberg Rotwein 0,95 8,00
Montagna-Rotwein voll und kernig 1,00 9,50
1931er St. Marliner Schlossberg 1,10 10,50
1931er Ediger Riesling 1,25 12,00
1926er St. Emilion-Bordeaux 1,45 14,00
1926er Chateau Malescasse 2,00 18,50
1926er Graves sup. v. besser weiss. Bord. 1,85 17,50
1926er Haut Sauternes edelstes 2,75 25,00
Rum- od. Weinbrand-Verschnitt ** 2,95 27,50

Preise ohne Flasche Ltr. 5 Ltr.
„Cider“ süßer Apfelwein 0,65 3,00
Rheinpfälzer Weisswein 0,85 4,00
Krim-Rotwein sehr gute Qual. 1. Gültw. 1,00 4,75
Insel Samos 1,20 5,75
Roter Tarragona 1a Qualität 1,25 6,00
Malaga, dunkel 1,45 7,00
Gold-Malaga vorzügl. Dessertwein 1,60 7,50
Douro-Portwein 1,85 8,75
Jamaika-Rum-Verschnitt 40% 3,75 18,00
Deutscher Weinbrand unsere Spezial. 4,20 20,00

Marken-Schaumweine und Punsch-Extrakte in reichhaltiger Auswahl

Roter Johannisbeerwein Qual. I Qual. II
Ltr. 0,75 5 Ltr. 3,50 Ltr. 0,57 10 Ltr. 5,50

Cabinet- und Carte-Blanche-Fruchtschaumwein zur Bouteille 1/2 Flasche 1,25 mit Steuer und Flasche

Silvester-Scherzartikel in grosser Auswahl

Grosse Auswahl in Bürobedarfsartikeln zu sehr vorteilhaften Preisen

Wurstwaren

Gef. Schinken 1/4 Pfd. 0,28
Gänseleberw. 1/4 Pfd. 0,45
Sülzwurst Pfd. 0,68
Dampfwurst Pfd. 0,75
Landleberwurst Pfd. 0,78
Jagdwurst Pfd. 0,84
Metzwurst Bismarck Pfd. 0,88
Feineleberwurst Pfd. 0,96
Zervelat, Solami Pfd. 1,08
Schinkenspeck Pfd. 1,15
Filetwurst Pfd. 1,15
Nusschinken Pfd. 1,28
Lachsschinken l. g. Pfd. 2,10

Wien. Würstchen Pfd. 0,95

Käse u. Fette

Camembert Bismarck 0,20
Romadour 30% Streich 0,15
Blockkäse Bismarck 20% Pfd. 0,44
Tilsiter vollfett Pfd. 0,68
Edamer 40% Pfd. 0,72
Holländer 40% Pfd. 0,72
Margarine Pfd. 0,74
Zervelat, Salami Pfd. 1,08
Rohschmalz Pfd. 0,46
Kokosfett Pfd. 0,88

Molkereibutter Pfd. 1,16
Milt. deutsche Markenbutter Pfd. 1,24

Konserven

Apfelmus 1/2 Dose 0,48
Erdbeeren 0,90
Pflaumen mit Stein 0,48
Mirabellen 0,95
Kirschen mit Stein 0,90
Ananas Malaya, 8 Stk. 1,05
Aprikosen span. 1/2 Fr. 0,72

Obst u. Gemüse

Krachmandeln Pfd. 0,55
Haselnüsse Pfd. 0,25
Paranüsse Pfd. 0,58
Erdnüsse Pfd. 0,25
Mandarinen Pfd. 0,64
Apfelsinen Pfd. 0,35
Jaffa-Apfelsin. Pfd. 0,68
Bananen Pfd. 0,24
Traubenrosinen Pfd. 0,65
Datteln, Karton, Kart. 0,38
Weisser Mohr Pfd. 0,48
Blauer Mohr Pfd. 0,48
Mandeln ohne Pfd. 1,12
Bacabob Pfd. 0,35
Kaffee Pfd. von 1,90

Kolonialwaren

Auszugsmehl Pfd. 0,24
Sultaninen Pfd. 0,24
Korinthen Pfd. 0,45
Weisser Mohr Pfd. 0,48
Blauer Mohr Pfd. 0,48
Mandeln ohne Pfd. 1,12
Bacabob Pfd. 0,35
Kaffee Pfd. von 1,90

Kalbskeule bis 9 Pfd. schwer, ganz geteilt, Pfd. v. 0,66

Hammelkeule Pfund von 0,70

Am Montag, den 2. Januar 1933 beginnt unser **GROSSER INVENTUR-VERKAUF**

ENORME Mengen unserer guten bewährten Qualitäten, ohne Beachtung des früheren Wertes - im Preise **rückwärtslos herabgesetzt!**

Staats Theater
Freitag, den 30. Dezember
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Die Macht des Schicksals
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
Nora

VOLKSBUHNE
Theater am Bülowplatz
Täglich 8 Uhr D I Norden 6550
Silvester 7 Uhr
Oliver Cromwells Sendung
v. Walter Gilbricht. Regie Heinz Hilpert
mit **Eugen Klöpfer**

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Freitag, 30. Dez.
Turnus III
20 Uhr
Martha
Pihl, Zador, Piatky, Andrésen, Pechner.
Dirigent: Ladwig

SCALA
Tägl. 8 u. 10 Uhr
Wiederholung
Matry-Selbst-Stein
Gottlieb Dietz
3 Wiers / Hauptstr.
PLAZA
Tägl. 8 u. 10 Uhr
Nur noch
2 Tage!
Der letzte Wäizer

Winter Garten
Unwiderruflich
nur noch 2 Tage
die Sensation Berlins:
DREI CODONAS
6 v. d. Staatsoper
Naitto's - 3 Baldors
usw.
Tägl. 8 Uhr 15 - Flora 3634 - Raucher erl.
Sonnabend u. Sonntag auch 4 U.
zu kleinen Preisen

Größtes Schauspielhaus 3. I
Ball im Savon
Gitta Alvar
Hoij Barjens / César Tenez
Regie: Alfred Kotter
Silvester 7 Uhr

CASINO-THEATER
8 1/2 Lothringer Straße 37 8 1/2
Sonntags auch 4 Uhr
Nur noch wenige Aufführungen
Alles um Lotti
Posse mit Gesang und Tanz
Gutscheln 1-4 Personen: Parkett nur
0,50. Parterre 0,75. Sessel 1,25

Stettiner Sänger
Reichshallen-Th., Dönhofspl.
8.15, Sonn- u. Feiertage 3.30
zu ermäßigten Preisen
Das **Weihnachts-**
programm

Silvesterfeier der Volksbühne
Sonnabend, den 31. Dezember, abends 11 Uhr
im Theater am Bülowplatz
Beethoven: IX. Symphonie
Ltg.: Generalmusikdir. Joseph Rosenstock, Nationaltheat. Mannheim
Rose Walter, Harth zur Nieden, Ludwig. Sehey
Der Berliner Volks-Chor - Das Philharmonische Orchester
Loskarten für Mitglieder 2,50 M. In den bek. Verkaufsstellen. Platz-
karten 3.-, 3,50 4.- M. bei Bote & Bock, Wertheim, Tietz, Karstadt,
Theaterkasse und Abendkasse

Kurfürstend.-Th.
Kurfürstendamm 209
Tel. Blam. 1400
Täglich 8 1/2 Uhr
Silvester 7 Uhr
Glückliche Reise
von Bertold und Schwab
Musik: Klüncker
Regie: Peukert
Hans Schindler
mit seinen
Jazz-Symphonikern
Vorverkauf anstehendes

Theater des Westens
Stelpl. 3121
Täglich 8 1/2 Uhr
Silvester 7 Uhr
Max Pallenberg
Der brave Soldat
Schwejk

Metropol-Theater
Heute 7 1/2 Uhr
Silvester 7 Uhr
Premiere
Mag Hansen
100 Meter Glück
Quartett von Spoliansky
mit Erika von
Theilmann

NEUE WELT
Arnold Scholz - U-Bahn Hermannplatz - Rosenstraße 108 - 114.
Silvester-Ball
in Oberbayern und
Eröffnung
dar
Bockbier-Saison
Gr. Ochsenbraterei u. Schweinebraterei.
An allen Tagen:
Großer Alpenball.
6 Kapellen. Bayr. Bedienung.
Einlaß: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

HAUS VATERLAND
In Palmenaal
2-7 Tank Lee
Lied-Quartett
Familien-Kaffee
mit Rindfleisch
KEMPKINSKI

Willy Schaeffers
Nürnberg Nr. 52
Kabarett für Alle
4 Uhr Täglich 2 x 9 Uhr
Das sensationelle Kabarett-Programm
Abendpreise 1-3 Mk.
Nachm. Gedeck 1,25
Jeden Sonnabend 11 1/2 Uhr: Nachvorstellung

Theater im Admiralspalast
Merkur 9901
Täglich 8 1/2 Uhr
Silvester Beginn 7 Uhr
Hans Albers Liliom
Vorverkauf sonntägl.

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Silvester 7 Uhr
Grete
Mosheim Brausewetter
Der Liebling
von Paris
Musik von Offenbach
Regie: Homolka

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
Tel. 82 Welt. 8304-05
Täglich 8 1/2 Uhr
Silvester 7 1/2 Uhr
Das Haus dazwischen
von Schiller und Jachmann
Musik: Spoliansky
Inszenierung: Barnowsky
Kallert, Anst. Tietze

Berliner Theater
Charlottenstr. 80 Bismarck 625
Täglich 8 1/2 Uhr
Silvester 7 Uhr
Zu wahr um schön zu sein
Komödie von Shaw
Mittl. Meier, Franz,
Berlin, Ullr. Sina, Grosse,
Pfdl.

HUZI
GROSSDESTILLATION
Prinzessinnenstrasse 17
Am Moritzplatz
ROMAN GREULICH
Beitragssmarken
BERLIN HOCH- KOLonnenstr. 12
Neu aufgenommen:
Radio
auch gegen Monatsraten
Radatz
Berlin W8 Leipziger Str. 122-23

B. B. B.
Bendows Bunte Bühne
Kottbuser Straße 6
Oberbaum 3500
Täglich 8 1/2 Uhr
Silvester 1/2
Sonn. nachm. 8 1/2
„Von A-Z“
Ab 1. Januar
N' tolle Kiste

Öffnung: Babes
u. Diskomarkten
Witz vor 45 Jahren
Spezialität
Conrad Müller
Kampff.